



Fallarchiv
Kindheitspädagogische
Forschung

Herausgegeben von Stefanie Bischoff-Pabst, Sabine Bollig,
Peter Cloos, Iris Nentwig-Gesemann & Marc Schulz

Jahrgang 4 (2021)

Heft 1 – Schwerpunkt: Diskursanalyse

Herausgegeben von Stefanie Bischoff-Pabst,
Sandra Koch, Marion Ott & Marc Schulz

Beitrag 2: Der Ordnung institutioneller Kindheit im bildungspolitischen
Sprechen auf die Spur kommen – Diskursanalyse als Werkzeugkiste

Schwerpunkt: Diskursanalyse

Herausgegeben von
Stefanie Bischoff-Pabst, Sandra Koch, Marion Ott & Marc Schulz

Inhaltsverzeichnis

1. Editorial: Grundzüge erziehungswissenschaftlicher Diskursanalysen
STEFANIE BISCHOFF-PABST, SANDRA KOCH, MARION OTT & MARC SCHULZ
2. Der Ordnung institutioneller Kindheit im bildungspolitischen Sprechen
auf die Spur kommen – Diskursanalyse als Werkzeugkiste
JULIA SEYSS-INQUART
3. Bedingungen der Möglichkeit von Bildung: Zur Vervielfältigung
von Bildung in der Pädagogik der frühen Kindheit
SANDRA KOCH
4. Konstruktionen vergeschlechtlichter Professionalität in Diskussionen
elementarpädagogischer Fachkräfte – eine Analyseheuristik
SUSANN FEGTER & KIM-PATRICK SABLA-DIMITROV
5. Bildungspläne – ein integrativer Zugang zu Dokumenten und Diskursen
SARAH MEYER

Der Ordnung institutioneller Kindheit im bildungspolitischen Sprechen auf die Spur kommen – Diskursanalyse als Werkzeugkiste

JULIA SEYSS-INQUART

Teil I: Kontextinformation: Die Studie „bildung versprechen – Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten“

Die Studie „bildung versprechen – Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten“ (vgl. Seyss-Inquart 2016), meine 2016 veröffentlichte Dissertation, nahm ihren Ausgang in der Beobachtung, dass in Österreich Kindergärten wichtige Institutionen für Eltern und Kinder sind, diese aber trotzdem gesellschaftlich einen vollkommen anderen Stellenwert als Schulen haben. Diese Unterschiede zeigen sich an vielen Stellen, u. a. in der politischen Zuständigkeit, der Ausbildung der Pädagog*innen oder in der verpflichtenden bzw. freiwilligen Teilnahme am Angebot. Die schulische Gesetzgebung wird durch das Schulunterrichts- und das Schulorganisationsgesetz auf nationaler Ebene geregelt und ist traditionellerweise dem Bildungsministerium unterstellt. Die Hoheit über gesetzliche Regelungen, die Kindergärten betreffen, liegt bei den einzelnen Bundesländern und daher gibt es auch eine weniger eindeutige ministerielle Zuordnung – so sind wahlweise Bildungsministerium, Familienministerium oder Frauenministerium zuständig. Die Ausbildung von Lehrpersonen ist in Österreich tertiär (an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen) organisiert, während Elementarpädagog*innen eine Ausbildung in der Sekundarstufe II absolvieren.¹ Mit der Vollendung des sechsten Lebensjahres betrifft Kinder in Österreich die Schulpflicht (vgl. Republik Österreich 1985), während erst seit 2010 in allen Bundesländern ein verpflichtender Besuch eines Kindergartens für alle fünfjährigen Kinder eingeführt wurde (vgl. Bundeskanzleramt o. J).

Auf der Suche nach einer Möglichkeit, dieser Beobachtung forschend nachzugehen, kristallisierte sich das bildungspolitische Sprechen als Untersuchungsgegenstand und eine diskursanalytische Herangehensweise als geeignet heraus. Als diskursanalytische Herangehensweise wurde in der Studie eine methodologische Haltung verstanden, die sich an den Ausarbeitungen Michel Foucaults zur Diskursanalyse orientiert (siehe etwa Foucaults „Archäologie des Wissens“ (1973/1981) oder „Die Ordnung des Diskurses“ (1974/2010)). Es handelt sich dabei nicht um eine formalisierte Methode, da die Diskursanalyse geprägt ist von der Nähe von Methodologie, Theorie und Methode (vgl. Foucault 1980/1996). Dadurch ergab sich die Möglichkeit, die Analysewerkzeuge sowohl anzuwenden als auch gegenstandsorientiert zu entwickeln. Die Aufmerksamkeit der Untersuchung war daher zu Beginn eine breite und richtete sich darauf, was, wann und wie über frühkindliche Institutionen gesagt oder eben nicht (mehr) gesagt werden konnte.

¹ Für einen historischen Abriss sowie eine kritische Einführung in aktuellen Entwicklungen des Kindergartenwesens in Österreich siehe Lex-Nalis 2018.

Zur Konkretisierung des Forschungsgegenstandes wurde sowohl eine räumliche als auch eine zeitliche Eingrenzung vorgenommen: Untersucht wurden politische Dokumente wie *Wörtliche Protokolle* und *Gesetzestexte* aus dem Wiener Gemeinderat und Landtag aus dem Zeitraum 1960 bis 2010, die das Kindertagesheimwesen² betreffen. Der Beginn des Untersuchungszeitraumes ergab sich einerseits aus erziehungswissenschaftlich-historischen Analysen des 20. Jahrhunderts, die diese Zeit als kritische identifizieren (vgl. u. a. Baader 2014; Seyss-Inquart/Schmidtke 2016). Andererseits wurde das Kindergarten- und Hortwesen in Österreich 1962 vom Bund an die Bundesländer übertragen und so kam es in dieser Zeit zu wesentlichen gesetzlichen Neuerungen. Die räumliche Festlegung auf Wien schien sinnvoll, da frühkindliche Institutionen in Österreich den Bundesländern unterstellt sind, deren Finanzierung allerdings über die Gemeinden läuft. Wien ist als einzige Stadt Österreichs zugleich Bundesland und Gemeinde und daher fallen nur hier Gesetzgebung und Finanzierung in Landtag und Gemeinderat zusammen. Aus diesen Eingrenzungen und Rahmungen des Untersuchungsgegenstandes ergab sich für die Studie folgende Forschungsfrage: Welche Brüche und Kontinuitäten weisen die Debatten um das Kindertagesheimwesen im Wiener Landtag und Gemeinderat zwischen 1960 und 2010 auf?

Am Beginn des methodischen Vorgehens stand die Erstellung, Sichtung und Erweiterung des Datenkorpus und die Entwicklung der Analysewerkzeuge. Foucaults Theorie wurde dabei als „Werkzeugkiste“ (Foucault 1976a, S. 53) benutzt und durch die Analyse von „Storylines“ (Hajer 2008) ergänzt. „Storylines“ stammen aus der politikwissenschaftlich geprägten Tradition der Analyse politischer Prozesse, Formen oder Inhalte (Policy Analyse) und sind auf die Erforschung von Policy-Prozessen und Policy-Dokumenten zugeschnitten. Daher wurden sie in dieser Studie als Ergänzung der Foucaultschen Werkzeuge eingesetzt, um den Blick auf das Material als Daten aus politischen Prozessen zu schärfen. Um von den lokalen Debatten im Wiener Landtag und Gemeinderat zu allgemeineren Aussagen zu gelangen, wurden die Ergebnisse kontextualisiert. Dafür wurden sie mit anderen Analysen zu den Ereignissen der jeweiligen Zeit und mit erziehungswissenschaftlichen Forschungsergebnissen abgeglichen.

Ziel des Beitrages ist ein Einblick in Methodologie und Methode der Studie. Dafür wird die methodische Herangehensweise vorgestellt und Herausforderungen beschrieben, die sich im Forschungsprozess ergeben haben. Anhand von zwei Analysewerkzeugen wird das konkrete Vorgehen nachvollzogen und Analysetexte vorgestellt.

Literatur

siehe Literaturverzeichnis Teil III

Lesehinweise

Teil II enthält Auszüge aus dem Datenmaterial *Wörtliche Protokolle* aus dem Wiener Landtag und Gemeinderat. In Teil III werden zunächst einführende Hinweise zur methodologischen Perspektive der Diskursanalyse gegeben. Dabei werden die zentralen Herausforderungen aufgezeigt, die sich durch die diskursanalytische Ausrichtung der Studie ergeben haben. Anschließend wird das methodische Verfahren vorgestellt, indem die Arbeit am Datenkorpus und die Werkzeuge beschrieben und reflektiert

2 Der Begriff ‚Kindertagesheimwesen‘ fasst laut Wiener Gesetzeslage pädagogische Einrichtungen für Kinder vor Schuleintritt (etwa Kindergärten, Krippen, alterserweiterte Gruppen etc.) und Horte zusammen. In diesem Beitrag verwende ich ihn zur besseren Lesbarkeit synonym mit dem Begriff ‚frühkindliche Institutionen‘.

werden. Die Analyse selbst wird anhand von zwei unterschiedlichen Werkzeugen dargestellt und mit Beispielen illustriert: Die *Analyse der Prozeduren der Bändigung* mit einem Beispiel *diskursiver Geschwätzigkeit* sowie die *Analyse der Subjektpositionen* mit der Anrufung *berufstätiger Mütter*.

Angaben zur Autorin

Julia Seyss-Inquart ist Professorin an der Privaten Pädagogische Hochschule Augustinum und leitet seit 2018 das Forschungsprojekt „Pädagogische Professionalisierung forschend begleiten“. Sie arbeitet zu Pädagogischer Professionalisierung, qualitativen Forschungsmethoden sowie zum Thema Organisationsentwicklung.

Zentrale Publikationen

- Seyss-Inquart, Julia/Smolka, Julia (2020): Wer ist hier eigentlich verantwortlich? Zur Adressierung von Subjekten und Organisationen in bildungspolitischen Dokumenten. In: Fahrenwald, Claudia/Engel, Nicolas/Schröer, Andreas (Hrsg.): Organisation und Verantwortung. Jahrbuch der Sektion Organisationspädagogik. Wiesbaden: Springer VS, S. 155–168.
- Seyss-Inquart, Julia (2018): Verantwortung verschieben und Kontrolle etablieren – zur Veränderung des politischen Sprechens über frühpädagogische Institutionen. In: Falkinger, Barbara/Kuschej, Hermann/Miklin, Grete/Sertl, Michael (Hrsg.): Zur Reform des Kindergartens. Elementarpädagogische Wende oder humankapitalistische Inwertsetzung? schulheft 169, S. 64–74.
- Seyss-Inquart, Julia (2017): Aktive Kinder, überforderte Pädagog_innen und berufstätige Mütter – Differenzmarkierungen im politischen Sprechen über Kitas. In: Stenger, Ursula/Edelmann/Schulz, Marc/Nolte, David (Hrsg.): Diversität in der Pädagogik der frühen Kindheit. Im Spannungsfeld zwischen Konstruktion und Normativität. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 168–182.
- Seyss-Inquart, Julia (2016): Bildung versprechen – Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten. Wien: Löcker.
- Schmidtke, Adrian/Seyss-Inquart, Julia (2015): Bildungspolitik und Bildungsreform – Bildungsgerechtigkeit als Thema in österreichischen und deutschen Bildungsreformdiskursen. In: Fegter, Susann/Kessler, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (Hrsg.): Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 385–403.

Teil II: Datenmaterial

Nachfolgend sind Auszüge aus dem Protokoll versammelt. Das vollständige Protokoll ist unter folgender URL einsehbar: <https://www.wien.gv.at/mdb/gr/2006/gr-016-w-2006-12-15-001.htm>

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

18. Wahlperiode

16. Sitzung vom 15. Dezember 2006

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 5	teilweise des Bebauungsplanes für ein Gebiet im 3., 4. und 10. Bezirk, KatG Landstraße, Wieden und Favoriten	
2. Fragestunde			
1. Anfrage (FSP - 05087-2006/0001 - KSP/GM)	S. 5	Berichterstatter: GR Karlheinz Hora	S. 37 u. 41
2. Anfrage (FSP - 05489-2006/0001 - KFP/GM)	S. 9	Redner: GRin Dipl.-Ing Sabine Gretner	S. 37
3. Anfrage (FSP - 05485-2006/0001 - KGR/GM)	S. 12	GR Alfred Hoch	S. 38
4. Anfrage (FSP - 05093-2006/0001 - KVP/GM)	S. 14	GRin Kathrin Gaal	S. 39
5. Anfrage (FSP - 05099-2006/0001 - KFP/GM)	S. 17	GRin Ingrid Puller	S. 39
3. AST/05513-2006/0002 - KSP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Bahnhof Wien-Europa Mitte – Die neue Drehscheibe im Zentrum Europas"		GR Dr Herbert Madejski	S. 40
Redner:		Abstimmung	S. 42
GR Karlheinz Hora	S. 19	10. 04883-2006/0001-GSV; P 113: Plan Nr 7784: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 10. Bezirk, KatG Oberlaa Stadt	S. 42
StR Johann Herzog	S. 20	Berichterstatterin: GRin Kathrin Gaal	S. 42
GRin Dipl.-Ing Sabine Gretner	S. 21	Redner:	
GR Alfred Hoch	S. 22	GRin Dipl.-Ing Sabine Gretner	S. 42
GR Dr Herbert Madejski	S. 23	GR Alfred Hoch	S. 42
GR Mag Christoph Chorherr	S. 24	GR Karlheinz Hora	S. 43
GR Mag Wolfgang Gerstl	S. 25	Abstimmung	S. 43
GRin Kathrin Gaal	S. 25	11. 04650-2006/0001-GSV; P 119: Plan Nr 7749: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 22. Bezirk, KatG Kagran	
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 26	Berichterstatter: GR Karl Dampier	S. 43 u. 44
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	Redner:	
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 26	GR Anton Mahdalik	S. 43
7. 05448-2006/0001-MDSALTG; P 151: Ergänzungswahlen	S. 26	GRin Karin Schrödl	S. 44
8. 05242-2006/0001-GSV; P 129: Plan Nr 7572: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 14. Bezirk, KatG Hütteldorf		Abstimmung	S. 45
Berichterstatter: GR Erich VALENTIN	S. 26	12. 04686-2006/0001-GSV; P 120: Plan Nr 7785: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 22. Bezirk, KatG Kaisermühlen	
Redner:		Abstimmung	S. 45
GR Anton Mahdalik	S. 27	13. 04878-2006/0001-GSV; P 121: Plan Nr 7606: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 22. Bezirk, KatG Aspern	
GRin Dipl.-Ing Sabine Gretner	S. 28	Abstimmung	S. 45
GR Mag Wolfgang Gerstl	S. 30	14. 04993-2006/0001-GSV; P 123: Plan Nr 7639: Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 22. Bezirk, KatG Stadlau	
GR Christian Deutsch	S. 33	Abstimmung	S. 45
GR Dr Franz Ferdinand Wolf	S. 35	15. 05280-2006/0001-GSV; P 124: Plan Nr 6901K: Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im	
GR Jürgen Wutzlhofer	S. 36		
Abstimmung	S. 37		
9. 04528-2006/0001-GSV; P 112: Plan Nr 7766: Festsetzung des Flächenwidmungs- und			

Touristen nicht unsere Sozialleistungen? *(Beifall bei der ÖVP. - GRin Mag Alev Korun: Das steht nicht in unserem Antrag!)*

Meine Damen und Herren! Ich darf auch gerade die GRÜNEN daran erinnern, dass sie ja total gegen das Kinderbetreuungsgeld waren, das diese Bundesregierung eingeführt hat *(GRin Mag Alev Korun: Karenzgeld ...!)* und das die Kinderbetreuung von der Erwerbsarbeit abgekoppelt hat. Erst in der letzten Periode ist es Nichterwerbstätigen, die nicht in die Sozialsysteme eingezahlt haben, ermöglicht worden, überhaupt in den Genuss dieser Leistung zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP. - GRin Mag Alev Korun: Ja, diese auch! Aber ...!)*

Da waren Sie dagegen, weil Sie im Kinderbetreuungsgeld eine Sozialleistung vermutet haben, die die Frauen an den Herd binden soll. Und jetzt stellen Sie sich her und besitzen die Unverfrorenheit, sich darüber aufzuregen, dass jemand, der sich gerade irgendwie in ein Flüchtlingslager geflüchtet hat, nicht sofort mit der Einreise ins Bundesgebiet das Kindergeld bekommen hat. *(GRin Mag Alev Korun: Nein, eben nicht! Sie haben überhaupt nichts kapiert!)*

Ich habe das sehr wohl kapiert. *(GRin Mag Alev Korun: Das ist echt billig!)* Sie wollen, dass alle herkommen und unsere Leistungen bekommen. Und wir stehen auf dem Standpunkt, dass man zuerst einmal in den Topf einzahlen muss, und dann kann man schauen, wie etwas herauskommt. *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das ist absurd! Wo haben Sie zugehört? - GRin Mag Alev Korun: Sie haben nicht aufgepasst! Niemand hat das gefordert, was Sie gesagt haben ...! - GR Godwin Schuster: Das war total oberflächlich ...! - Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Unterrichten Sie Ihre Kinder auch so? - GRin Mag Alev Korun: Hören Sie mir zu, und dann sagen Sie etwas! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und den GRÜNEN.)*

Ich habe Ihnen sehr wohl zugehört: Sie haben immer nur vom legalen Aufenthalt gesprochen und davon, dass das schon für die Bezugsberechtigung reichen soll. *(GRin Mag Alev Korun: Von legal aufhältigen Menschen habe ich gesprochen!)*

Nun vielleicht noch ein paar Worte zur Integration, und da ist es schon auch wichtig, einen gewissen Gesamtzusammenhang herzustellen. Wer in eine fremde Gesellschaft kommt, der muss sich natürlich einmal in die Aufnahmegesellschaft integrieren wollen. Das setzt auch voraus, dass wir es mit einer selbstbewussten Aufnahmegesellschaft zu tun haben. Und das ist einmal an uns selbst gerichtet!

Deswegen hat diese Nikolo-Debatte, die sehr leicht ein bisschen ins Lächerliche gezogen wird, schon einen sehr ernstesten Hintergrund. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, dass die Frage, ob ein externer, interner oder was weiß ich, was für ein Nikolo in den Kindergarten kommt, gar kein Politikum sein sollte. Das soll vor Ort in den Kindertagesheimen diskutiert und entschieden werden. Zum Politikum wird er ja erst dann, wenn er sozusagen von der allerhöchsten Ebene, von

der Stadtratsebene, zum Politikum gemacht wird.

Wir haben das auch im Ausschuss diskutiert. Die Frau Vizebürgermeisterin hat sich damals sehr wohl hinter diese Anordnung - in welcher Rechtsform auch immer diese abgegeben wurde - gestellt und hat den Nikolo in einem Atemzug mit Gewalt in der Erziehung genannt, mit „Angstmache“ und so weiter, und über die Hintertür: Vor dem Nikolo fürchtet man sich, es sei also am besten, es kommt gleich gar kein Nikolo. Die Frau Vizebürgermeisterin hat also den Nikolaus politisiert.

Jetzt kann man sich im Weiteren die Frage stellen: Was steckt denn wirklich dahinter? Da glaube ich schon, dass auch gewisse Ängste dahinter stehen. Wenn ich heute in der Presse lese: In Großbritannien wird Weihnachten schon gar nicht mehr wie Weihnachten gefeiert, weil man Angst hat ... *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Aber haben Sie auch gelesen, wie es in Wien ist?)* Ja, ja. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Haben Sie die linke Spalte auch gelesen?)* Ich komme gleich dazu. *(Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Die ist schon für uns relevant!)* Ich komme gleich dazu. Wenn Sie mich ausreden lassen, Frau Stadtrat, dann werde ich Ihnen Gelegenheit geben, meinen Gedanken zu folgen.

Genau dort sollten wir ja nicht hinkommen, dass wir schon aus Angst, dass sich irgendjemand provoziert fühlt, etwas tun, das so ähnlich ist wie in Deutschland bei der Oper: Dass dann auf einmal eine Oper nicht mehr aufgeführt wird, weil sich ja jemand provoziert fühlen könnte. Genau so, wie es ja auch hier teilweise geschieht, dass man religiöse Feste auch als religiöse Feste deklariert - denn, nicht böse sein, ohne den Heiligen Nikolo gibt es am 6. Dezember überhaupt nichts zu feiern! Vom Krampus steht nirgends etwas, und selbst der Krampus ist ja der biblisch nicht belegte und meistens auch unerwünschte Begleiter des Heiligen Nikolo. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Frage sei schon erlaubt, was Menschen, die mit dem religiösen Bezug von Weihnachten überhaupt nichts zu tun haben wollen, am 24. Dezember eigentlich feiern. Warum am 24.12., warum nicht am 27. Juni? Ganz kann man also den religiösen Bezug nicht weglassen, und die Religion bietet ja mehr als genug Möglichkeiten, das Ganze in einen friedlichen, humanistischen, ethischen Zusammenhang einzubetten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In dieser Hinsicht können wir einen kleinen Schwenk zur EU-Debatte machen. Wir haben immer völlig unbegründet diese Angst: Die EU nimmt uns unsere Kultur und unsere Identität, sie macht alles gleich. Aber in Wirklichkeit - das sage ich jetzt weniger von der politischen Ebene - tun ja wir alles dazu, zu einem Einheitsbrei zu kommen.

Auf der einen Seite inkulturieren wir ständig fremde Bräuche. Ich denke nur an das Halloweenfest: Das verbreitet auch Angst und Schrecken! Da habe ich noch nie gehört, dass man keine Kürbisse ausschneiden soll. Die Angst ist wahrscheinlich weniger bei den Kindern, die Krach schlagen, sondern die Angst ist bei den Erwachsenen, die davor Angst haben, dass Ihnen die Autoreifen aufgestochen oder die Fensterscheiben

eingeschlagen werden. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Aber auch das Halloweenfest hat, glaube ich, mit Gewaltlosigkeit nichts zu tun, und da habe ich eigentlich noch gar nichts davon gehört.

Wenn wir heute die Diskussion über die Lobau verfolgt haben und wenn man da liest, dass Kinder teilweise so ähnlich wie menschliche Schutzschilde vor irgendwelche Bagger oder Bauarbeiter gelegt werden, dann muss ich auch sagen: Gewaltfreiheit schaut für mich anders aus! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, da wird man viel eher traumatisiert, wenn man den Heiligen Abend nicht, wie es sich gehört, zu Hause in der Geborgenheit verbringt, sondern irgendwo in der Au - das ist, glaube ich, tatsächlich eine Traumatisierung! Da soll man jetzt wirklich den Nikolo dort lassen, wo er hingehört: Ein willkommenes Brauchtum, auf das sich die Kinder freuen und das man den Kindern nicht nehmen soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In dieser Hinsicht darf ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen Anger-Koch und Mag Ekici einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, dass sich der Gemeinderat zur Pflege kultureller und religiöser Traditionen wie etwa auch des Festtages des Heiligen Nikolaus bekennt und alles unternommen wird, um dieses Brauchtum auch in Hinkunft zu erhalten.

Es soll in die Disposition der Stellen vor Ort gelegt werden, ob dort ein interner oder ein externer Nikolaus kommt; ich glaube, das ist eigentlich keine Sache, die so wichtig ist, dass sich Stadträte darüber Gedanken machen müssen. Gerade wenn man sich die Rechnungshof- und sonstigen Berichte anschaut, sieht man: Da wartet genug Arbeit, dass man nicht die Arbeits- und intellektuelle Kapazität von Stadtregierungsmitgliedern mit der Frage, ob es ein interner oder externer Nikolaus sein soll, belasten soll.

Wir verlangen in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Günther **Reiter**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Novak. Ich erteile es ihr.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin, zu deren Ressort wir sprechen, aber eigentlich zu einem Thema, das nicht in ihr Ressort passt, weil es kein Integrationsthema ist!

Denn die Frage, die wir zum Thema Nikolo debattieren, ist keine politische Frage, sie ist keine religiöse Frage, sie ist vor allem keine Integrationsfrage, sondern sie ist ausschließlich eine pädagogische Frage. (*Ruf bei der ÖVP: Eine Religionsfrage!*) Ausschließlich eine pädagogische Frage! (*Widerspruch bei der ÖVP.* - GR Mag Harald STEFAN: *Die Erde ist eine Scheibe!* - GR Mag Wolfgang Jung: *Keine Frage, die Sie in der SPÖ diskutieren dürfen!*)

Es ist keine Frage, die wir erst seit heuer debattieren, und es ist auch keine Maßnahme, die in den städtischen - und nicht nur in den städtischen - Kindergärten erst seit heuer eingeführt ist, sondern eine Maßnahme, die schon viele, viele Jahre besteht. Die Politik kommt dann ins

Spiel, wenn die zuständige Stadträtin für Bildung (*GR Mag Wolfgang Jung: Wenn die Geschichte auffliegt!*) und die zuständige Stadträtin für Kinder und Jugend sich hinter eine pädagogische Maßnahme stellt, die ganz, ganz klar ein Ziel hat, nämlich angstfreie Erziehung im Kindesalter. Angstfreie Erziehung - es geht also um die Pädagogik. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Was Herr Jung heute hier gemacht hat, war ja unglaublich! Er hat sich hier herausgestellt und Folgendes gemacht: Er hat alle Kinder, die Angst haben, wenn der Nikolo kommt, alle Kinder, die Angst haben und sich unter einem Tisch verstecken müssen, die zu weinen anfangen ... (*Zwischenruf des GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich kenne solche Kinder. In den Kindergärten gibt es viele Kinder ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Also ich kenne ...!*) Machen Sie sich nicht lustig über die Kinder! Es gibt Kinder, die Angst haben. Es gibt Kinder, die Angst haben vor dem Nikolo! (*GR Mag Wolfgang Jung: Vielleicht haben Sie so verschreckte Kinder, ich weiß es nicht!* - *Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*)

Beruhigen Sie sich wieder! Ja, diese Kinder haben Angst - nicht, weil es ihnen gerade einfällt, sondern weil irgendjemand ihnen diese Angst auch gemacht hat. Genau das ist das Thema, und die Frage ist: Wie geht man jetzt damit um? Sagt man: Wurscht, diese Kinder sind mir egal, die sollen ruhig Angst haben, die sollen weinen, die sollen sich unter den Tischen verstecken, der Nikolo kommt trotzdem von außen und es ist mir wurscht?

Oder stehe ich zu diesen Kindern und sage: Nein, das lasse ich nicht zu; ich feiere zwar das Fest, indem ich die Nikolausgeschichte erzähle, indem ich Rollenspiele veranstalte, indem ich Bastelarbeiten mache - gehen Sie in die städtischen Kindergärten: Vorige Woche überall Wände voll mit Zeichnungen von Nikolo und Bastelarbeiten -, ich feiere zwar das Fest, aber explizit (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Stadträtin hat gesagt, der Nikolaus hat mit uns nichts zu tun!*), weil ich auf die Kinder, die Angst haben, die in dem Moment Angst haben, Rücksicht nehme, hole ich keinen Nikolo von außen herein! (*GR Mag Wolfgang Jung: Wortwörtlich: Keinen Platz! Ihre Stadträtin!*)

Das ist das, was die Frau Stadträtin und auch die zuständige MA 10 gemacht haben, nämlich diese Kinder nicht einfach im Regen stehen zu lassen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Der Nikolaus hat keinen Platz, hat sie gesagt! Erklären Sie mir das!*) Sie stellen sich hier heraus und verhöhnen diese Kinder. Diese Kinder verhöhnen Sie hier draußen! (*Beifall bei der SPÖ.* - *GR Mag Wolfgang Jung: Nein, ich verhöhne sie nicht!*)

Sie gehen überhaupt noch einen Schritt weiter: Sie ignorieren die pädagogische Frage und machen daraus eine widerliche, grausliche, unglaublich schäbige Debatte, in der Sie einer religiösen Gruppe den Schwarzen Peter zuschieben. Das ist überhaupt das Letzte, was es geben kann! (*Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN.* - *Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Sie können herausreden, was Sie wollen. Sie haben sich heute hier herausgestellt und haben auf dem

Nachfolgend sind Auszüge aus dem Protokoll versammelt. Das vollständige Protokoll ist unter folgender URL einsehbar: <https://www.wien.gv.at/mdb/gr/2008/gr-041-w-2008-12-02-001.htm>

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

18. Wahlperiode

41. Sitzung vom 2. Dezember 2008

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3		
2. 05460-2008/0001-MDSALTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Armut explodiert in Wien – kalte Weihnachten für tausende Familien und kleine Kinder"	S. 3	Redner:	
		GRin Mag Maria Vassilakou (Begründung)	S. 3
		StR David Ellensohn	S. 5
		GR DDR Eduard Schock	S. 9
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 11
		GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 12
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Dr Wolfgang Aigner (tatsächliche Berichtigung)	S. 15
		GRin Veronika Matiasek	S. 15
		GRin Claudia Smolik	S. 17
		GRin Karin Praniess-Kastner	S. 19
4. 05460-2008/0001-MDSALTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Armut explodiert in Wien – kalte Weihnachten für tausende Familien und kleine Kinder"		GRin Marianne Klicka	S. 21
		GRin Susanne Jerusalem	S. 23
		GRin Mag Barbara Feldmann	S. 24
		Abstimmung	S. 25

nicht, die Anreize, um sich aktiv einzubringen, zu beseitigen. *(StR David Ellensohn: Schauen Sie sich die Kollektivverträge an! 50 Kollektivverträge sind unter 1 000 EUR!)*

Wenn man heute unser Sozialsystem anschaut, so haben wir einen auf kollektiver Absicherung basierenden Sozialstaat, der Beiträge einhebt, Pflichtbeiträge, der über Steuern finanziert wird, und es ist natürlich schon auch eine Frage, ob da nicht die persönliche Betroffenheit des Einzelnen, der eben durch seine Steuern und seine Abgaben beiträgt zur Finanzierung dieses Sozialstaates, dazu führt, dass hier einerseits ein Anspruchsdenken besteht, das teilweise auch dazu führt, den Staat entsprechend in Anspruch zu nehmen, weil man ja dafür zahlt, und eine großzügige Geisteshaltung dadurch irgendwo abhanden zu kommen droht.

Ich lade Sie daher ein, jetzt mit mir einen kurzen Ausflug – wir bleiben beim Thema Armut – zu machen. Das Problem der Armut war ja auch schon im Altertum und in der Antike ein großes Problem, und ich möchte Ihnen jetzt eine historische Gestalt vorstellen, die seinerzeit schon ein Vorbild an gelebter karitativer Nächstenliebe war. Es handelt sich um den Heiligen Nikolaus, der im 4. Jahrhundert nach Christus ein großes Vermögen geerbt hatte und dieses Vermögen verschenkt hat. Das ist ein Wohltäter, dessen Beispiel so in die Gegenwart hereinreicht, dass er bis heute noch in unseren Breiten und weltweit und auch dort, wo er herkommt, in Kleinasien, verehrt und gefeiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mehr oder weniger am Vorabend des Gedenktages des Heiligen Nikolaus möchte ich Ihnen da nur ein paar Sequenzen aus seinem vielfältigen Leben zur Kenntnis bringen. Er war auch schon ein Vorkämpfer gegen den Kinder- und gegen den Mädchenhandel. Er hat nämlich drei Mädchen vor dem Verkauf gerettet, indem er dem Vater, der aus Not seine Kinder verkaufen musste, Gold in das Fenster hineingeworfen hat, und diese Kinder sind dann auch tatsächlich gerettet worden.

Seit damals ist der Heilige Nikolaus auch Schutzpatron der Armen und der Kinder vor dem Verkauf, und das ist ja leider ein Thema, das auch heute noch auf der Tagesordnung steht. Kinderhandel, Zwangsheirat und so weiter waren in der Antike schon ein Problem. Der Heilige Nikolaus hat einen Beitrag geleistet, um das zu verhindern. *(Beifall bei der ÖVP und von Gemeinderäten der FPÖ.)*

Der Heilige Nikolaus wird ja auch in der heutigen Türkei noch sehr verehrt, und jeder, der in der Nähe von Antalya einmal auf Urlaub war, weiß, dass es dort in jedem Hotel Ausflüge zu den Gedenkstätten des Heiligen Nikolaus zu buchen gibt. *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zentral bei allen Legenden um den Heiligen Nikolaus ist ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Aigner, eine kleine Bitte und Unterbrechung. Es ist heute nicht Nikolaus, daher bitte ich den Nikolaus, heute nicht zu kommen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: So wie man am Samstagabend in die Vorabendmesse gehen kann, kann man am Vorabend auch des Heiligen Nikolaus gedenken, und er ist ja ein Armutsbekämpfer. *(Beifall bei der ÖVP. – GRin Inge Zankl: Heute ist noch gar nicht der Vorabend!)*

Es geht also um das Thema Hilfe für Menschen in Not, Menschen in Angst, ein christliches Grundthema, und in der Vergangenheit ist der Nikolo oft missbraucht worden, als Erziehungsfaktor zu dienen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Eher der Krampus!)* Da muss man dazusagen: Weder der Krampus ist historisch erwiesen noch hat er was mit dem Heiligen Nikolaus zu tun. Deswegen ist es schon an sich erschütternd, dass man das zum Politikum macht *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, dass man in den Wiener Kindergärten Besuche des Heiligen Nikolaus nicht haben möchte, weil man unterstellt, dass der Heilige Nikolaus ein Überbringer schlechter Botschaften ist, ein Angstmacher. Ganz im Gegenteil! Der Heilige Nikolaus ist ein Vorbild, ein Vorbild an Großzügigkeit, an Großherzigkeit und kein Angstmacher, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sollten eigentlich dafür Sorge tragen, dass man dieses Brauchtum eben nicht nur als Brauchtum weiter pflegt, sondern dass man auch auf den tieferen Sinn dahinter kommt. Und gerade in der Vorweihnachtszeit ist das etwas ganz Wesentliches. Es ist eigentlich wirklich traurig, dass man die Frage, ob es Nikoläuse in Kindergärten gibt, überhaupt zum Thema einer Entscheidung auf Topebene macht.

Meine Damen und Herren! Gerade die Frau Vizebürgermeisterin hätte genug Aufgaben in ihrem Bereich und sollte die Frage, ob Nikoläuse in die Kindergärten kommen, wenn, dann den Eltern und Kindergärtnerinnen vor Ort überlassen, aber nicht auf der Chefebene entscheiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Großzügigkeit des Heiligen Nikolaus – Caritas heißt ja „tätige Nächstenliebe“ – ist auch nicht so marktschreierisch wie viele Charity-Events, die uns heute tagtäglich auf den Adabei-Spalten entgegenblicken. Auch da muss man sagen: Natürlich ist es gut, wenn Menschen, denen es gut geht, die Seitenblicke-Gesellschaft, etwas von ihrem Wohlstand abgeben, aber auch das ist der Unterschied zum Nikolo: Der hat keine PR für sich gemacht, der wirkt durch sein Leben weiter, während viele derjenigen, die da auf allen möglichen Charity-Events sind, das oftmals tun, um selbst einen Anlass zu haben, sich zu treffen, zu sehen und gesehen zu werden. Es ist halt oft so, dass die Zahl der Kameras und die Blitzlichter, die da aufleuchten, oftmals einen Hinweis über die wahren Hintergründe dieser Aktionen geben. Und auch da sollte man sich ein bisschen ein Beispiel am Heiligen Nikolaus nehmen und das unseren Kindern auch weitergeben.

Meine Damen und Herren! Es gäbe zum Thema Armut noch sehr viel zu sagen. Meine Kolleginnen werden noch einige Aspekte herausarbeiten. Uns ist es wichtig, dass wir diese heutige Debatte auch zum Anlass

nehmen, einen Beschlussantrag zu stellen – ich tue das mit meinen Kolleginnen Anger-Koch und Ekici –, wonach wir gewährleistet haben wollen, dass Nikolaus-Besuche auch in den städtischen Wiener Kindergärten möglich sind. Wenn man von externen Nikoläusen spricht, geht es ja nicht darum, dass da jemand von der Straße kommt. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Also auch der Sicherheitsaspekt sollte hier keine Rolle spielen, sondern es geht darum, dass wir dieses gute Brauchtum nicht in kitschiger Weise, sondern in tiefsinniger Weise an unsere Kinder und Enkelkinder weitergeben.

In dieser Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag (FH) Tanja Wehsely. Ich erteile es ihr.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Vorsitzender!

Ich meine, ich hätte ja, ehrlich gesagt, vorgeschlagen, unsere RednerInnen zurückzuziehen und das Ganze einfach zu lassen. *(StR David Ellensohn: Das verstehe ich!)* Es war die Annahme auch der Kolleginnen, mit denen ich mich unterhalten habe, dass das natürlich ein schönes Ziel von Ihnen wäre.

Aber ich muss schon ganz ehrlich meiner durchaus Betroffenen Ausdruck verleihen zu diesen vorgebrachten teilweise wirklichen Absurditäten, zu diesen vorgebrachten Heucheleien, zu der Ignoranz, zu teilweise wirklich bodenlosen Frechheiten – ich sage absichtlich nicht Sauerei *(GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt haben Sie es doch gesagt!)* –, die uns als Fraktion, als Mehrheitsfraktion, die hier schon lange und immer um Gleichheit, Gerechtigkeit und gegen Armut kämpft, wirklich schockiert. Ich glaube, ich kann das im Namen aller Kolleginnen und Kollegen hier sagen: So kann man nicht Politik machen! So kann es nicht gehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir jetzt diskutieren über Zusammenarbeit, über Kooperationen, über Einbeziehung von ExpertInnen, NGOs, gemeinsame Anträge, wie auch immer, kann das dann gehen, dass man sich herausstellt, dass man einen Sondergemeinderat beantragt, weil man noch eine Sondersitzung offen hat, die man beantragen kann in diesem Jahr, und nach vier Tagen Budgetdiskussion, Gemeinderat und Landtag am letzten Tag draufkommt, hoppla, da gibt es aber noch eine Sitzung, die wäre 2008 noch fällig, die machen wir jetzt zu dem Thema? *(GR Marco Schreuder: Das ist ein wichtiges Thema!)* Wir haben es zwar in der Aktuellen Stunde abgehandelt, sonst ist es nicht gekommen, aber wir machen es jetzt noch einmal zum Thema. Wir nehmen „Heute“ oder „Österreich“ oder sonst etwas zum Vorbild, und wir sagen, „Armut explodiert in Wien – kalte Weihnachten für tausende Familien und kleine Kinder“. *(StR David Ellensohn: So ist es!)* Ich kann dir was sagen: Ihr solltet euch schämen! Das ist eine bodenlose Frechheit! Das ist wirklich indiskutabel! *(Lebhafte Zwischenrufe im gesamten Plenum.)*

Und ich kann dir noch was sagen: Lieber Leon! Liebe Anna! Lieber Edi! Wir Wiener SozialdemokratInnen kämpfen seit Anbeginn unserer Bewegung gegen Armut, gegen Unterdrückung und für Gerechtigkeit. Leon, Anna, Edi! Wir können euch ausrichten, wir stehen nicht für Gnade vor Recht, wir stehen nicht für christliche Nächstenliebe, wir stehen für Gerechtigkeit, wir stehen für die Menschen. Das ist unsere Politik. Keine Heuchelei! *(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe.)*

Die versammelte Opposition, die hier jetzt wettet und antritt ... *(GR Günter Kenesei, – seine Worte mit den entsprechenden Gesten unterstreichend: Nichts hören, nichts sehen, nichts reden! Das ist ja unglaublich!)* Was ist unglaublich, Kollege Kenesei? Wer hat noch vor einem halben Jahr von der Zwangstagsschule geredet? Wer war denn das? Wer kommt denn jetzt drauf, dass eine Gesamtschule vielleicht das Richtige wäre für alle unsere Kinder? Wer ist das? Gehen Sie bitte in sich! Bedenken Sie das! Das ist lächerlich! *(Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei allen Fraktionen.)*

Ihnen fällt zu Armut der Heilige Nikolaus ein? Das ist wirklich deine Ansage zur Armut? Der Heilige Nikolaus? Es ist unfassbar! Von A bis Z einfach unfassbar!

Ich darf einen Resolutionsantrag von uns einbringen. Wir sind sehr dafür, dass weiterhin pädagogisch umgegangen wird mit traditionellen Festen, wie auch immer die sind, unter anderem der Nikolo. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Wie lautet der Antrag? Wir kennen ihn nicht! Wir haben ihn nicht! – Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Klub hat den Antrag zur Verfügung gestellt bekommen. *(Nein-Rufe bei allen Oppositionsfraktionen. – GR Christian Oxonitsch: Wenn es nicht so ist, dann bekommt ihn jeder Klub sofort. – GR Mag Rüdiger Maresch: Morgen steht er in der Zeitung! – Weitere Zwischenrufe.)*

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(fortsetzend)*: Nein, es ist keine Post an das Christkind. Rechts von Ihnen, die können die Post an das Christkind schreiben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, eher links!)*

Wir wollen weiterhin mit Traditionen und Bräuchen in den Wiener Kindergärten pädagogisch hochwertig umgehen. Das bedeutet, dass die Pädagoginnen und Pädagogen sich mit den Kindern auseinandersetzen. Ich habe heute in der Früh meinen Sohn Ivo gefragt – über ihn kann ich reden, er hat es erlaubt, dass ich über ihn rede –, ich habe ihn extra heute befragt, wie das bei ihm so war. Es war natürlich so, dass die Kindergärtnerinnen das gemeinsam mit den Kindern vorbereitet haben. Seine Kindergartenpädagogin Johanna hat sich als Nikolo umgekleidet, und so haben sie den Nikolo begangen. Vorher haben sie die Gebräuche und Traditionen besprochen. Es war aber auch sehr schön, dass das Lichterfest Chanukka besprochen wurde, genauso wie Beyram.

Ich denke, das ist doch in einer Stadt wie Wien das Richtige, dass man die gemeinsamen Gebräuche und Traditionen, die die Kinder mitbringen, feiert. Und so,

Nachfolgend sind Auszüge aus dem Protokoll versammelt. Das vollständige Protokoll ist unter folgender URL einsehbar: <https://www.wien.gv.at/mdb/gr/2009/gr-049-w-2009-06-24-001.htm>

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

18. Wahlperiode

49. Sitzung vom 24. Juni 2009

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3	GR Anton Mahdalik	S. 35
		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 38
2. Fragestunde		BVin Susanne Reichard	S. 41
1. Anfrage		GR Mag Wolfgang Jung	S. 43
(FSP - 02514-2009/0001 - KGR/GM)	S. 3	GR Karlheinz Hora	S. 44
2. Anfrage		Abstimmung	S. 47
(FSP - 02512-2009/0001 - KVP/GM)	S. 5		
3. Anfrage		11. 01961-2009/0001-GSV, P 46: Plan Nr 7871:	
(FSP - 02082-2009/0001 - KSP/GM)	S. 8	Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in	
4. Anfrage		23, KatG Liesing und Rodaun.	
(FSP - 02517-2009/0001 - KFP/GM)	S. 10	Berichterstatter: GR Dipl Ing Omar Al-Rawi	S. 47 u. 48
5. Anfrage		Redner:	
(FSP - 02513-2009/0001 - KGR/GM)	S. 13	GR Dipl-Ing Roman Stiftnr	S. 47
		Abstimmung	S. 48
3. AST/02527-2009/0003-KGR/AG: Aktuelle		12. 02060-2009/0001-GSV, P 49: Förderung von	
Stunde zum Thema "Stiefkind Fahrrad –		Fahradstehern auf öffentlichem Grund	
Strategie für den Radverkehr in Wien"		Abstimmung	S. 48
Redner:			
GR Mag Christoph Chorherr	S. 15		
GR Dr Herbert Madejski	S. 17	13. 01975-2009/0001-GSV, P 53: Plan Nr 7402E:	
GR Mag Wolfgang Gerstl	S. 18	Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in	
GR Siegi Lindenmayr	S. 19	21, KatG Leopoldau	
GR Anton Mahdalik	S. 19	Berichterstatterin: GRin Silvia Rubik	S. 48
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 20	Redner:	
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 21	GRin Dipl-Ing Sabine Gretner	S. 48
GR Karlheinz Hora	S. 22	GR Günther Reiter	S. 49
		Abstimmung	S. 49
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 22		
5. Mandatsverzicht von GRin Erika Stubenvoll;		14. 02063-2009/0001-GSV, P 54: Vorhaben	
Angelobung von Susanne Bluma als		Hauptstraße B13a im 23. Bezirk	
Gemeinderätin	S. 23	Abstimmung	S. 49
6. Dank von Vorsitzender GRin Inge Zankl an		15. 02138-2009/0001-GSV, P 57: Plan Nr 7829:	
die ausgeschiedene Gemeinderätin Erika		Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in	
Stubenvoll	S. 23	15, KatG Fünfhaus	
7. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung		Berichterstatter: GR Karlheinz Hora	S. 49
angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 23	Redner:	
		GR Mag Dietbert Kowarik	S. 49
8. Umstellung der Tagesordnung	S. 23	GRin Mag Waltraut Antonov	S. 50
		GRin Mag Sirvan Ekici	S. 52
9. 02473-2009/0001-MDSALTG, P 79:		GR Erich Valentin	S. 52
Ergänzungswahlen	S. 23	Abstimmung	S. 53
10. 02308-2009/0001-GSV, P 50: Bauvorhaben		16. 02240-2009/0001-GSV, P 58: Vorhaben	
"Hauptbahnhof Wien".		Hauptstraße B14 im 2. und 11. Bezirk	
Berichterstatterin: GRin Kathrin Gaal	S. 23	Abstimmung	S. 53
Redner:		17. 02298-2009/0001-GWS, P 68: Baurechts-	
GR Dr Herbert Madejski	S. 24	und Dienstbarkeitsbestellungsvertrag an	
GRin Ingrid Puller	S. 28	einem Grundstück in 19, KatG Heiligenstadt	
GR Mag Wolfgang Gerstl	S. 30	Berichterstatterin: GRin Ingrid Schubert	S. 54
GR Dkfm Dr Ernst Maurer	S. 34	Redner:	
GR Dr Matthias Tschirf (tatsächliche Berich-		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 54
tigung	S. 35	GR Georg Niedermühlbichler	S. 55
		GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 55

auch individuelle Hilfestellungen bei Krisensituationen, die in Pflegefamilien bei der Betreuung des Kindes auftauchen. Hier pädagogische Beratung zu leisten, ist quasi Standardprogramm der MAG ELF und wird, glaube ich auch, von den Eltern sehr gut angenommen und akzeptiert.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Die 4. Anfrage (FSP - 02517-2009/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Mag Wolfgang Jung gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. (Laut Informationen von Elternvertretern und der "Kronen Zeitung" soll eine Weisung zumindest einiger Schuldirektoren in Liesing existieren, dass in Zukunft die Behandlung der Türkenkriege im Rahmen des Sachkundeunterrichts [Heimatkunde] nicht mehr erfolgen soll. Was werden Sie im Hinblick auf diese Weisung unternehmen?)

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Sie fragen mich, was ich gegen die Weisung, dass in Zukunft in einigen Liesinger Schulen nicht mehr über die Türkenkriege unterrichtet werden darf, zu unternehmen gedenke. Die Frage ist leicht zu beantworten: Ich werde nichts unternehmen, denn diese Weisung gibt es nicht und gegen nichts kann man nichts unternehmen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 1. Zusatzfrage wird von GR Mag Jung gestellt.

GR Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Bürgermeister! Vielleicht haben Sie die Anfrage nicht genau genug gelesen. Ich frage nicht, ob es eine Weisung von Ihnen gibt, ich frage ausdrücklich, ob von Seiten der Schuldirektoren keine Weisung in der Richtung gegeben wurde.

Ich sage Ihnen den Sachverhalt noch einmal. An mich wurde von mehreren Elternvertretern herangetragen, dass eine derartige Weisung von Direktoren in Liesinger Schulen an die LehrerInnen ergangen ist, in der dritten Schulstufe im Sachunterricht nicht mehr über die Türkenkriege zu sprechen, um Konflikte zu vermeiden. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Jetzt ist es schon nicht mehr nur eine Schule, sondern sind es mehrere Schulen!) Diese Information habe nicht nur ich bekommen, diese Information wurde auch an die „Kronen Zeitung“ weitergegeben. Sie lachen jetzt, aber die „Kronen Zeitung“ schreibt nicht mehr für den Faymann, Herr Bürgermeister. (Bgm Dr Michael Häupl: Ja, ja, schon gut!) Die „Kronen Zeitung“ hat darüber recherchiert, nicht ich, und hat dann den entsprechenden Artikel gebracht. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wir haben uns schon beim Direktor informiert und der hat gesagt, dass es nicht so ist!)

Mittlerweile dürfte auch die Liesinger ÖVP recherchiert haben, denn dort schreibt der Bezirksvorsteher-Stellvertreter Paleta in seinem letzten Artikel, empört sich darüber und sagt, das geht eindeutig zu weit, der Stadtschulrat verdient ein Nicht genügend wegen dieser opportunistischen Geschichten. Er sagt dann sogar dramatisch: „Immerhin war es unsere Stadt,

an deren Mauern unter größten Opfern den damaligen Eroberungsgelüsten der Osmanen Einhalt geboten wurde.“ - Das schreibe nicht ich, das schreibt der sich mittlerweile auch informiert habende Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Liesing. So ganz lässt sich diese Sache nicht von der Hand weisen.

Deswegen meine Frage: Sind Sie sicher, dass von Seiten der Direktoren, vielleicht in einer Art von vorausweisendem Gehorsam, keine Weisungen ergangen sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Ja, ich bin mir sicher. Und die Qualität der Informationen, die ich jetzt hier bekommen habe, abgesehen davon, dass sie nicht neu sind, bestätigt das letztendlich. Es findet zunächst schon einmal eine etwas seltsame Multiplikation statt: Von einer Schule, von der auch in der „Kronen Zeitung“ noch die Rede ist, sind es plötzlich mehrere Schulen und sohin auch mehrere Direktoren.

Bleiben wir bei der einen Schule, wo dieses Gerücht in die Welt gesetzt wurde, dann ist die Qualitätsfeststellung der Recherchen auch vom Herrn ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter eine bemerkenswerte, denn selbstverständlich ist mir bekannt, dass der besagte Direktor ein sehr aufrechter Demokrat und Mitglied der Österreichischen Volkspartei ist. Ich würde ihm daher niemals zutrauen, dass er eine solche Weisung an die Lehrer weitergibt, denn ich bin davon überzeugt, dass er für einen korrekten Schulunterricht eintritt. Einmal mehr überzeugt mich das davon, dass daher eine solche Weisung nicht existiert.

Aber es ist, ehrlich gesagt, für mich auch gar nicht verwunderlich, wenn ich daran denke, was ich alles höre, dass Kreuze in den Schulen abgehängt werden, dass es ein Nikolo-Verbot gibt, obwohl hundertmal gesagt wurde, völliger Unsinn, das gibt es nicht, dass keine Schweinsschnitzel und kein Schweinsbraten mehr in den Kindergärten, Schulen und Horten verteilt werden können und vieles Ähnliche. Dann, Herr Gemeinderat, habe ich den dumpfen Eindruck, das fällt unter dieselbe politische Intrige, die hier gestartet wurde.

Die „Kronen Zeitung“ ist von der Freiheitlichen Partei informiert worden. Und die „Kronen Zeitung“ hat leider so wenig recherchiert wie offensichtlich auch der Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Liesing. Nein, tut mir leid, es gibt das nicht! Sie werden sich mit solchen Geschichten, für die Sie bedauerlicherweise gelegentlich den einen oder anderen Journalisten finden, mit Sicherheit immer wieder selbst unglaubwürdig machen. Denn sowenig wie auf den österreichischen Berggipfeln die Kreuze durch Halbmonde ausgetauscht werden, sowenig gibt es eine Weisung dafür, dass über die Türkenkriege nicht mehr unterrichtet werden darf.

Ich erwarte mir gar nicht, dass Sie das zur Kenntnis nehmen. Machen Sie nur so weiter, mir ist das politisch eh recht! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2.

Teil III: Analyse des Datenmaterials und methodisches Vorgehen

Im folgenden Teil werden methodische Fragen und exemplarische Analysen aus der Studie „bildung versprechen – Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten“ (vgl. Seyss-Inquart 2016) vorgestellt. Mein Forschungsinteresse richtete sich bei der Studie darauf, was, wann und wie über frühkindliche Institutionen gesagt werden konnte. Konkretisiert wurde dieses Interesse in folgender Forschungsfrage: Welche Brüche und Kontinuitäten weisen die Debatten um das Kindertagesheimwesen im Wiener Landtag und Gemeinderat zwischen 1960 und 2010 auf? Diese Forschungsfrage wurde diskursanalytisch bearbeitet. Wie genau die Diskursanalyse durchgeführt wurde, welche Schritte dabei vorgenommen wurden und welche Herausforderungen sich dabei ergeben haben, werden unter 1. beschrieben. Unter 2. werden zwei Werkzeuge (die *Analyse der Prozeduren der Bändigung* und die *Analyse der Subjektpositionen*) im Detail vorgestellt und Auszüge aus Analysen präsentiert. Das Fazit schließt mit einer Zusammenschau der Ergebnisse sowie mit einer Rückschau auf den Forschungsprozess (3.).

1. Methodische Fragen

Im Zuge der Studie haben sich drei zentrale Herausforderungen ergeben, die im Folgenden vorgestellt werden (1.1), gefolgt von einer Darstellung sowie der Reflexion des konkreten methodischen Vorgehens (1.2).

1.1 Methodischer Fokus: Drei zentrale Herausforderungen

Das methodische Vorgehen der Studie „bildung versprechen – zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten“ (vgl. Seyss-Inquart 2016) versteht sich als erziehungswissenschaftliche Diskursanalyse in der Tradition Michel Foucaults. Damit ist gemeint, als dass sich die Studie methodologisch an Foucaults Theorien zur Diskurs- und Machtanalyse orientiert und das Sprechen über frühkindliche Institutionen fokussiert. Dass eine solche Beschreibung alleine noch wenig aussagt, wird deutlich, wenn die vielen unterschiedlichen Formen der erziehungswissenschaftlichen Diskursanalysen betrachtet werden.³ Den Systematisierungsvorschlag von Susann Fegter et al. (2015, S. 28 ff.) aufgreifend, kann die Studie folgendermaßen kategorisiert werden: Die Studie bedient sich sowohl analytischer Instrumentarien als auch historiographischer Methoden. Sie arbeitet mit öffentlich zugänglichen und institutionell produzierten Materialien und versteht sich als empirisch-qualitativ.

Aus der Erfahrung der Studie ergeben sich bei diskursanalytischen Arbeiten in der Tradition Foucaults drei zentrale Herausforderungen in der Umsetzung:

Die *erste und grundlegendste Herausforderung* liegt in der Frage, wie die Forschenden Diskurse erkennen und analysieren können, in die sie selbst verstrickt sind. Diskurse sind nach Foucault „geregelt und diskrete Serien von Ereignissen“ (Foucault 1974/2010, S. 38) und können auch als „Brillen, durch die die Menschen in jeder Epoche alle Dinge wahrgenommen, gedanklich erfasst und betrieben haben“ (Veyne 2010, S. 12) bezeichnet werden. Konsequenterweise bedeutet dies für eine Untersuchung aktueller Diskurse, dass auch die Forschenden diese ‚Brillen‘ tragen. Hannelore Bublitz betont zudem, dass Diskurse sowohl durch Institutionen als auch durch Praktiken formend wirken: „Diskurse erscheinen also in der Diskurstheorie Foucaults als Strukturmuster gesellschaftlicher Ordnung, die als Institutionen strukturierende und durch institutionelle Praktiken strukturierte Strukturen aufgefasst werden können“

3 Zur Übersicht über unterschiedliche Zugänge der Diskursforschung in den Erziehungswissenschaften siehe Fegter et al. 2015 oder Truschkat und Bormann 2020 sowie das Editorial dieses Schwerpunkthefts.

(Bublitz 1999, S. 24). Forschende haben also nicht nur die ‚Brille‘ des jeweiligen Diskurses auf, sie sind auch Teil von Institutionen und Praktiken, die von den Diskursen hervorgebracht werden. In der vorliegenden Studie wurde versucht, dieser Herausforderung mit einem Datenkorpus zu begegnen, der bis 1960 zurückreicht. Dies bietet die Möglichkeit, die eigene Involviertheit in aktuelle Diskurse durch historisch ‚älteres‘ Material zu bearbeiten. Durch den Zeitverlauf, den das Material sichtbar macht, kann so die Gewordenheit der politischen Debatten anhand der diskursiven Beziehungen nachvollzogen werden.

Die *zweite Herausforderung* bezogen auf Diskursanalysen liegt im methodischen Vorgehen: Einerseits gibt es in der sozialwissenschaftlich orientierten Erziehungswissenschaft Bestrebungen, Diskursanalysen stärker methodisch aufzuschlüsseln und zu formalisieren.⁴ Andererseits ist die Foucaultsche Diskursanalyse geprägt von einer Nähe zwischen Methodologie, Theorie und Methode (vgl. Foucault 1980/1996, S. 25) und kann somit eigentlich nicht formalisiert werden. Beispielhaft dafür sind etwa Foucaults Ausführungen zur Passung der methodischen Werkzeuge und des Forschungsgegenstandes: „Ich versuche, meine Instrumente über die Objekte zu korrigieren, die ich damit zu entdecken glaube, und dann zeigt das korrigierte Instrument, dass die von mir definierten Objekte nicht ganz so sind, wie ich gedacht hatte“ (Foucault 1977b, S. 522). Diese Herangehensweise macht deutlich, dass die Diskursanalyse am jeweiligen Forschungsgegenstand entwickelt werden muss und sie demnach mehr als eine Methode ist. In diese Studie wurde deshalb die Passung der Werkzeuge am Untersuchungsgegenstand gewählt, mit der Konsequenz einer zeitintensiven Entwicklung des Instrumentariums und der Notwendigkeit der Reflexion der Entwicklungsschritte.

Die *dritte Herausforderung* liegt in der Vielfältigkeit von Foucaults Theorien, denn die ‚eine‘ Form der Foucaultschen Diskursanalyse gibt es nicht. Bei einer Diskursanalyse in der Foucaultschen Tradition stellt sich immer die Frage, auf welche Theorien Foucaults Bezug genommen wird. Das Schaffen Foucaults wird in der Rezeption in Phasen eingeteilt: der frühe Foucault mit seiner Analyse von Diskursen (Archäologie), der mittlere Foucault mit seiner Hinwendung zu Machtanalysen (Genealogie) und das Spätwerk mit der Wende zum Subjekt und der Ethik der Selbstsorge (kritisch dazu Sarasin 2006, S. 12; Raffnsøe/Gudmand-Høyer/Thaning 2011, S. 23 ff.). Diese Zergliederung erzeugt für die Forschung allerdings mehr Probleme als Lösungen. Auch Foucault selbst sieht seine Archäologie und die Genealogie als *ein* Forschungsprojekt (vgl. Foucault 1992, S. 39). Daher wurden in der vorliegenden Studie, nicht nur *Werkzeuge* aus der Archäologie verwendet, sondern diese auch mit genealogischen verbunden – ganz im Sinne einer ‚Werkzeugkiste‘⁵ mit unterschiedlichen Fächern, die unterschiedliche Werkzeuge für verschiedene Objekte beinhaltet. Gerade durch die gegenstandsbezogene Entwicklung des Forschungsinstrumentariums wird diese Benutzung als ‚Werkzeugkiste‘ wichtig.

Besonders deutlich wird der werkzeughafte Charakter der Foucaultschen Theorien in der „Archäologie des Wissens“ (1973/1981) und in „Die Ordnung des Diskurses“ (1974/2010), weshalb diese in der Studie auch als erste Ansatzpunkte verwendet wurden, um das Forschungsinstrumentarium zu entwickeln. Foucault selbst schlägt in der „Archäologie des Wissens“ (1973/1981) sechs Werkzeuge vor, um Diskurse zu analysieren: „Die Einheit des Diskurses“, „die diskursiven Formationen“, „die Formation der Gegenstände“, „die Formation der Äußerungsmodalitäten“, „die Formation der Begriffe“ und „die Formation der Strategien“ (ebd. 1973/1981, S. 5). In „Die Ordnung des Diskurses“ (1974/2010) erweitert Foucault dieses Instrumentarium um *Prozeduren der Bändigung* des Diskurses (vgl. ebd. 1974/2010, S. 11).

4 Dies ist etwa bei Studien zu finden, die sich in der Tradition der Wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller (siehe u. a. Keller 2011) verstehen. Für eine knappe Zusammenfassung der Diskussionen zur Methodisierung siehe Fegter et al. (2015, S. 30f.), zum Bericht über die Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer adäquaten Analysestrategie für ein Forschungsprojekt siehe etwa Großkopf (2012).

5 Foucault bezeichnet seine Bücher als „kleine Werkzeugkiste“ (Foucault 1976a, S. 53).

Während der Entwicklung der diskursanalytischen Werkzeuge für die hier im Zentrum stehende Studie „bildung versprechen – Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten“ (vgl. Seyss-Inquart 2016) wurde in der Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand deutlich, dass es sich bei den politischen Dokumenten, die im weiteren Verlauf detaillierter vorgestellt werden, um ein spezielles Material handelt. Die *Wörtlichen Protokolle* und *Gesetzestexte* des Wiener Gemeinderates und Landtages sind die Ergebnisse politischer Prozesse in Form von Gesetzen, Bildungsplänen etc. bzw. die Dokumentation des finalen Teils der politischen Aushandlungsprozesse (als Wörtliche Protokolle der Debatten, Schriftliche Anfragen, Beschlussanträge). Aufgrund dieses Materials entstand die Idee, das diskursanalytische Vorgehen mit Elementen der Policy Analyse zu verbinden, einer politikwissenschaftlich geprägten Tradition der Analyse politischer Prozesse, Formen und Inhalte (zur Einführung in die interpretative Policy Analyse siehe Münch 2016). Als geeignet für den Gegenstand hat sich die Analyse von „Storylines“ (vgl. Hajer 2008) erwiesen. Die Analyse von „Storylines“ wurde von Bronwyn Davis und Rom Harré (1990) eingeführt und von Maarten Hajer (1995; 2008) weiterentwickelt. Unter „Storylines“ versteht Hajer (2004) „ein knackiges Statement, das die Erzählung zusammenfasst, das Leute als eine Art Kurzform in der Diskussion verwenden“ (ebd., S. 277). „Storylines“ zeigen narrative strukturierende Elemente – Erzählungen, die Sinn produzieren und Subjekte und Ereignisse in Narrationen einbinden (vgl. Hajer 1995, S. 56). Hajer (1995) verdeutlicht dies am Beispiel des *Sauren Regens*, der in den 1980er Jahren als Kurzformel für viele Akteur*innen diente und unterschiedliche Positionen im Diskurs über Umweltverschmutzung vereinte. Gerade für die Dokumente aus den Sitzungen des Landtages und Gemeinderates, die von parteipolitischen Differenzen geprägt sind, schien es ertragreich Erzählungen zu fokussieren, die für unterschiedliche Akteur*innengruppen anschlussfähig sind. Das Werkzeug der Analyse von Storylines wurde in der Studie benutzt, um die Foucaultschen Werkzeuge zur Anwendung zu bringen. In der Untersuchung der Formation der Gegenstände und Begriffe wurden neben den Vorschlägen Foucaults – „die Oberflächen ihres Auftauchens“ zu identifizieren, die „Instanzen der Abgrenzung“ sichtbar zu machen und „Spezifikationsraster“ zu untersuchen (Foucault 1981/1973, S. 62–64) – auch Storylines analysiert.

1.2 Darstellung und Reflexion der methodischen Vorgehensweise

Für das konkrete Vorgehen der Studie war die Arbeit am Datenkorpus sowie die Dokumentation und Reflexion der einzelnen Analyseschritte zentral, um die Nachvollziehbarkeit der Auswertungen zu ermöglichen. Diese beiden Arbeitsschritte *Arbeit am Datenkorpus* (1.2.1) und *Arbeit mit den Werkzeugen* (1.2.2) werden in den nächsten Abschnitten beschrieben. Im daran anschließenden Kapitel werden zwei Werkzeuge, die *Analyse der Prozeduren der Bändigung* (2.1) sowie die *Analyse der Subjektpositionen* (2.3), detaillierter vorgestellt.

1.2.1 Arbeit am Datenkorpus

Der erste Analyseschritt der Studie war die Arbeit am Datenkorpus, an dem die Werkzeuge zur Anwendung kamen. Material ab den 1960er Jahren in das Korpus aufzunehmen, schien aus zwei Gründen sinnvoll: Erstens wurden die 1960er Jahre in unterschiedlichen erziehungswissenschaftlichen Analysen als kritische Zeit identifiziert (vgl. u. a. Seyss-Inquart/Schmidtke 2016). Meike Sophia Baader (2014) verortet die „Herausbildung der reflexiven Kindheit“ in dieser „Take-off Phase der Modernisierung des Bildungssystems“ (ebd., S. 414). Sie verdeutlicht, dass gesellschaftliche Veränderungen – etwa die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen oder der Wandel des normativen Familienmodells – einhergehen mit einer Veränderung der Institutionen der Kindheit. Da der Ausgangspunkt dieser Arbeit in der Irri-

tation über das politische Sprechen in Österreich lag, boten die Reformen vorschulischer Institutionen in Österreich in den 1960er Jahren einen zweiten Grund, den Beginn des Untersuchungszeitraumes hier anzusetzen. Nachdem das *Kindergarten- und Hortwesen* 1962 offiziell vom Bund an die Bundesländer übergeben wurde, waren die Bundesländer gezwungen, eigene Gesetze zu erarbeiten. Frühkindliche Institutionen werden in Österreich seitdem gesetzlich auf Länderebene geregelt, deren Finanzierung läuft jedoch über die Gemeinden. Daher boten sich Daten aus Wien für das Datenkorpus an: Die Stadt ist nämlich zugleich Bundesland und Gemeinde und daher fallen – wie sonst nirgends in Österreich – Gesetzgebung und Finanzierung in Landtag und Gemeinderat zusammen. Da es sich beim *Kindertagesheimwesen*, so die offizielle Bezeichnung frühkindlicher Institutionen in Wien, um Einrichtungen handelt, die in Wien größere rechtliche und organisatorische Veränderungen erfahren haben (vgl. Janos 2010), fiel die Entscheidung auf Material aus dem Wiener Landtag sowie dem Wiener Gemeinderat. Mit der Entscheidung für dieses Material ergab sich auch das Ende des Untersuchungszeitraumes: 2010 wurde das *Wiener Frühfördergesetz* erlassen, das Kinder erstmals für den Besuch einer Institution im Jahr vor Schuleintritt verpflichtet. Es wurde angenommen, dass diese Änderung eine einschneidende Transformation darstellt und daher als vorläufiger Endzeitpunkt des Datenkorpus dienen konnte.

Erstellung des Materialkorpus: Materialsorten

Da das Material, das für das Datenkorpus herangezogen wurde, sehr heterogen ist, war es wichtig zu klären, wie das Material entstanden ist und welche Besonderheiten es aufweist. Charakteristisch für das Datenkorpus dieser Studie sind unterschiedliche Materialsorten⁶:

- Die *Wörtlichen Protokolle* dokumentieren Plenarsitzungen, in denen Argumente möglichst gezielt platziert werden müssen, d. h. sie sind eine Verschriftlichung von mündlich Gesprochenem (das aber oftmals auf einer schriftlichen Vorlage basiert). Dabei handelt es sich jedoch nicht um Beobachtungsprotokolle in einem qualitativ-sozialwissenschaftlichen Verständnis, sondern um stenographische Protokolle. Die Protokolle haben in erster Linie zum Ziel, den Inhalt des Gesprochenen konkret wiederzugeben und sind auch in ihrer Produktion daraufhin ausgerichtet.
- Die *Gesetzestexte* im Datenkorpus müssen hingegen juristischen Kriterien genügen und sollen bestimmte Aspekte des Kindertagesheimwesens möglichst eindeutig regeln, wie z. B. die Anzahl der Kinder pro Gruppe oder die Ausbildung der Pädagog*innen.
- Ergänzt wurde das Datenkorpus anschließend durch *Veröffentlichungen der Magistratsabteilung* (MA10), auf die in den Debatten Bezug genommen wurde. Diese richteten sich teilweise direkt an Kindertagesheime oder sogar an eine breitere Öffentlichkeit.

Konkret wurden für das Datenkorpus alle stenographischen Sitzungsprotokolle und Gesetzestexte gesichtet, die im Wiener Stadt- und Landesarchiv zugänglich und elektronisch verschlagwortet waren (Stichwort „Kinderbetreuung“). In das Korpus aufgenommen wurden alle Dokumente, die sich mit dem Kindertagesheimwesen befassen. Für die erste Grobauswertung standen 133 Protokolle von Gemeinderatssitzungen und elf Protokolle von Landtagssitzungen, zehn Landesgesetzblätter samt Erläuterungen und Beilagen sowie 54 weitere Dokumente (Schriftliche Anfragen, Beschlussanträge etc.) zur Verfügung. Das Datenkorpus war damit ein seriell strukturierter – seriell meint in diesem Fall, dass das Material aus einem längeren Zeitraum (1960 bis 2010) und nicht nur von einem Zeitpunkt (z. B. 1960 oder

⁶ Sämtliche Sitzungen des Landtages und Gemeinderates sowie die dazugehörigen Vorgänge werden in Wien dokumentiert und sind über das Wiener Stadt- und Landesarchiv öffentlich zugänglich.

2010) stammt. Mit einem seriellen Korpus können Veränderungen, Aushandlungen und stabile Muster besser aufgezeigt und so die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen bearbeitet werden. Entscheidend für die Auswahl des Materials war zudem, dass dieses im beforschten Feld selbst produziert und von diesem für bestimmte Öffentlichkeiten freigegeben wurde.

Allerdings können mit einem solchen Datenkorpus nicht die Strukturen *eines* Diskurses freigelegt werden, da das Material nicht einen einzelnen Diskurs abbildet. Von einem einzelnen Diskurs um den Kindergarten in einer speziellen politischen Arena auszugehen, wäre eine verkürzte Deutung des Foucaultschen Diskursbegriffes. In den politischen Debatten auf Landes- und Gemeindeebene, die sich um das Kindertagesheimwesen drehen, werden stattdessen *verschiedene* Diskurse sichtbar, die in dieser Arbeit mit Hilfe von Foucaults Herangehensweise analysiert und in Form von diskursiven Ordnungsmustern dargestellt werden können. Das Material ermöglicht also vielmehr den Blick auf Diskursfragmente in ihrer Veränderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Zeit ab den 1960er Jahren wurde in erziehungswissenschaftlichen Analysen gesellschaftlicher Veränderungen in Bezug auf frühe Kindheit wiederholt als veränderungsreich identifiziert (vgl. u. a. Baader 2014; Seyss-Inquart/Schmidtke 2016). Eine Besonderheit des Materials besteht darin, dass viele Positionen in institutionalisierten politischen Debatten und in Gesetzen keinen Niederschlag finden und folglich viele Äußerungen und Beiträge im Diskurs überhaupt nicht sichtbar werden. Dies ist für Diskurse an sich typisch – Foucault (1974/2010) benennt dies als „Verknappung der sprechenden Subjekte“ (ebd., S. 26). Das Material lässt somit Aussagen über einen bestimmten institutionalisierten politischen Diskurs zu (das politische Sprechen auf der Ebene des Landtages und Gemeinderates), dessen Macht gerade in der eingeschränkten Zugänglichkeit und in der Möglichkeit der gesetzlichen Regelung liegt.

Sichtung und Erweiterung des Materialkorpus

Nach einer vorläufigen Erstellung des Datenkorpus wurde eine Grobsichtung vorgenommen, um Überblick über die Dokumente und die behandelten Themenfelder zu erlangen. Dabei wurde auch eine Zusammenschau der wesentlichen gesetzlichen Veränderungen im Untersuchungszeitraum erstellt, Auffälligkeiten wurden dabei bereits zu diesem Zeitpunkt in Form von Notizen festgehalten. Als nächster Schritt wurde das Datenkorpus erneut im Hinblick auf die zeitliche und thematische Eingrenzung überprüft, indem recherchiert wurde, ob es außerhalb des festgelegten Untersuchungszeitraumes sowie der Institutionen Dokumente gab, die von Interesse sein könnten. Als Folge dieses Schrittes wurden weitere Dokumente in das Datenkorpus aufgenommen (u. a. Bildungspläne des Bundes und des Bundeslandes Wien) und anschließend mit der Arbeit an den Werkzeugen begonnen. Zusammenfassend wurden folgende Materialsorten in die Studie aufgenommen: Wörtliche Protokolle, Gesetzestexte mit Beilagen, Schriftliche Anfragen und Beschlussanträge aus Gemeinderat und Landtag sowie Veröffentlichungen des Magistratsabteilung 10.

1.2.2 Arbeit mit den Werkzeugen

Die Entwicklung des Instrumentariums der Studie lässt sich am besten als Suchbewegung zwischen den Primärtexten Foucaults (u. a. „Archäologie des Wissens“ (1973/1981) und in „Die Ordnung des Diskurses“ (1974/2010)), der Sekundärliteratur zur Diskursanalyse (u. a. Kendall/Wickham 1999; Fegter et al. 2015), Texten zur Policy-Analyse (u. a. Hager 2004; 2008) und dem Material beschreiben: Nach einer groben Ausarbeitung der Untersuchungswerkzeuge wurden erste Analyseversuche an einzelnen Materialpassagen vorgenommen, einzelne Werkzeuge daraufhin modifiziert oder verworfen. So wurden in diesem Arbeitsschritt zugleich das Instrumentarium weiterentwickelt und erste Analyseergebnisse

gewonnen, die wiederum dazu dienten, die Werkzeuge weiter zu konkretisieren. Vorgenommen wurden schlussendlich eine vertiefte *Analyse der Aussagen*, der *Einheit des Diskurses*, der *Formation der Gegenstände und Begriffe*, der *Prozeduren der Bändigung*, der *Storylines* sowie der *Subjektpositionen*.

Am Beispiel des Werkzeuges *Formation der Gegenstände und Begriffe* wird diese Suchbewegung nun nachvollzogen. Ausgangspunkt für die Entwicklung des Werkzeuges war Foucaults Vorschlag aus der „Archäologie des Wissens“ (1973/1981) „die Formation der Gegenstände“ sowie „die Formation der Begriffe“ (ebd., S. 5) zu untersuchen. Als Hilfestellung für die Konkretisierung des methodischen Vorgehens erwiesen sich Daniela Rothes (2011) Beschreibungen ihrer Arbeitsweise bei der Analyse des Diskurses zum lebenslangen Lernen als hilfreich. Im nächsten Schritt wurde das Material auf Begriffe hin gesichtet, die im Untersuchungszeitraum auftauchen, verschwinden bzw. bestehen bleiben. In dieser ersten Grobauswertung wurde auffallend, dass sich einige Begriffe rund um die Funktion von Kindergärten gruppierten. Von dieser Beobachtung ausgehend wurden die Begriffe ‚Bildung‘, ‚Betreuung‘, ‚Erziehung‘ und ‚Chancengleichheit‘ als vorläufige Foki festgehalten. Nach dieser ersten Grobauswertung wurden abermals die Primärtexte Foucaults herangezogen, um auf Basis dieser Erkenntnisse Foucaults Ideen noch einmal zu lesen. Dabei entstand die Idee, dass die verhandelte Funktion der Kindergärten ein Gegenstand im Foucaultschen Sinn sein könnte. Diese Idee wurde abermals am Material überprüft und daraufhin das Werkzeug *Formation der Gegenstände und Begriffe* festgelegt. Über die Analyse der Begriffe wurde also in diesem Fall ein Hinweis auf die Analyse der Formation der Gegenstände gefunden und in das Instrumentarium aufgenommen.

Nachdem sowohl das Datenkorpus als auch die Werkzeuge (vorläufig) bestimmt waren, wurde das Material in das Programm MAXQDA eingepflegt, um es so kennzeichnen zu können und einen raschen Zugriff zu ermöglichen. Das gesamte Material wurde wiederholt gesichtet und einzelne Materialstellen einem oder mehreren Werkzeugen zugeordnet. Dabei waren die zugeordneten Passagen sehr unterschiedlich lang, von einem Satz bis zu längeren Absätzen. Insbesondere bei der Analyse von Begriffen wurde etwa deren Auftauchen mit der Suche nach einzelnen Begriffen begonnen, während andere Werkzeuge mit größeren Sinneinheiten operierten. In einem nächsten Schritt wurden die Passagen innerhalb der einzelnen Werkzeuge in Aufmerksamkeitsrichtungen sortiert, die sich induktiv aus dem Material ergeben hatten – so wurde für das oben beschriebene Werkzeug *Gegenstände und Begriffe* in dieser Phase eine Differenzierung in ‚Bildung‘, ‚Erziehung‘, ‚Betreuung‘ und ‚Chancengleichheit‘ genutzt. Diese Zuteilungen waren allerdings nur vorläufig, denn im Zuge der weiteren Auswertungen wurden Um- und Neusortierungen vorgenommen.

Die den einzelnen Werkzeugen zugeordneten Passagen wurden schließlich analysiert und dazu zeitlich sortiert. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf Veränderungen bzw. auf Kontinuitäten innerhalb der jeweiligen Aufmerksamkeitsrichtung gelegt. Anhand der Unterschiede bzw. der Gemeinsamkeiten der Textstellen wurden die Analysen weiter ausgearbeitet und auch schon in erste Auswertungstexte verarbeitet – gerade im Formulieren dieser Auswertungstexte tauchten nämlich weitere Fragen an das Material auf, die dann gleich wieder bearbeitet werden konnten. So ergab sich etwa in dieser Phase für das Werkzeug *Formation der Gegenstände und Begriffe* eine Erweiterung um die Aufmerksamkeitsrichtung ‚Vereinbarkeit‘, da diese im Material immer wieder auftauchte.

Um von den lokalen Debatten auf allgemeinere Aussagen zum Sprechen über frühkindliche Institutionen zu kommen, wurden die Ergebnisse, die aus der Arbeit mit den Werkzeugen gewonnen werden konnten, kontextualisiert. Dafür wurden diese in einem ersten Schritt mit anderen historischen Analysen abgeglichen, die den Untersuchungszeitraum betreffen. Leitend war dabei die Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Ereignisse, Diskussionen etc. Österreich zwischen 1960 und 2010 prägten. In einem zweiten Schritt wurden angrenzende erziehungswissenschaftliche Analysen gesichtet, etwa die

bildungstheoretische Bearbeitung von Chancengleichheit oder das Aufkommen des Bildungsbegriffes in der Kindheitspädagogik.

2. Analysen

Im Folgenden werden nun zwei Werkzeuge vorgestellt, die in der Studie zur Anwendung kamen: Die *Analyse der Prozeduren der Bändigung* und die *Analyse der Subjektpositionen*. Dafür werden jeweils die methodischen Auswertungsschritte beschrieben (2.1 und 2.3) und ein Auszug aus den Analysen präsentiert (2.2 und 2.4).

2.1 Werkzeug: Analyse der Prozeduren der Bändigung

Foucault (1974/2010) nimmt an, dass „in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen“ (ebd., S. 11). Grob gesagt wird mit diesem Werkzeug also untersucht, was *nicht* gesagt werden kann bzw. was nicht möglich ist, zu sagen. Um die Produktivität von Diskursen zu kontrollieren, entstehen laut Foucault „Prozeduren der Ausschließung“ (ebd.), „interne Prozeduren“ (ebd., S. 17) und die „Verknappung der sprechenden Subjekte“ (ebd., S. 26) und jedem dieser Mechanismen ordnet Foucault eigene produktive Verfahren zu. Die augenscheinlichste Prozedur der Ausschließung ist das „Verbot“ in Form des „Tabus des Gegenstandes“, des „Rituals der Umstände“ und dem „bevorzugten oder ausschließlichen Recht des sprechenden Subjekts“ (ebd., S. 11). Weitere Prozeduren der Ausschließung sind die „Grenzziehung und Verwerfung“ und der „Gegensatz zwischen dem Wahren und dem Falschen“ (ebd., S. 11 ff.). Die internen Prozeduren dienen als „Klassifikations-, Anordnungs-, Verteilungsprinzipien“ und sollen „eine andere Dimension des Diskurses [...] bändigen: die des Ereignisses und des Zufalls“ (ebd., S. 17). Foucault nennt hier den „Kommentar“, den „Autor“ und die „Disziplinen“ als Strukturierungsprinzipien (ebd., S. 17–22). Die dritte Prozedur, die „Verknappung der sprechenden Subjekte“, versucht, „den sprechenden Individuen gewisse Regeln aufzuerlegen und so zu verhindern, daß jedermann Zugang zu den Diskursen hat“ (ebd., S. 26). Dies geschieht vor allem durch die unterschiedliche Zugänglichkeit zu den Regionen des Diskurses oder, anders formuliert: Wer darf in welchem Bereich des Diskurses sprechen?

Mit diesem Werkzeug konnten die bildungspolitischen Debatten daraufhin befragt werden, welche Ausschlüsse und Verknappungen in ihnen wirksam sind. Doch wie sollte etwas in einem Datenkorpus gefunden werden, dass dort eben *nicht* ist? Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurde in der Studie ein zweischrittiges Vorgehen angewandt:

- In einem ersten Schritt wurde im Material selbst nach Hinweisen auf Ausschließungen gesucht. Grob gesagt galt es, Stellen im Material zu finden, an denen Dinge angesprochen, aber nicht weiter thematisiert werden konnten. Die Verhinderung einer weiteren Thematisierung erfolgt durch unterschiedliche Prozeduren, die Foucault als „Prozeduren der Ausschließung“, „interne Prozeduren“ und die „Verknappung der sprechenden Subjekte“ beschreibt (ebd., S. 11 ff.). So kann beispielsweise in den „Prozeduren der Ausschließung“ (ebd.) ein Gegenstand tabuisiert werden – das heißt über einen bestimmten Gegenstand kann nicht weitergesprochen werden, weil dieser in den Debatten etwa als nicht klärungsbedürftig, nicht relevant oder als selbstverständlich festgelegt wird. Auf der Suche nach den Ausschließungen wurde das Material auf

Textstellen hin gesichtet, in denen ein Thema wiederholt aufgebracht und immer wieder ‚abgewürgt‘ wurde. Zudem wurden Textstellen analysiert, die Themen enthalten, die wiederholt und von vielen Sprecher*innen aufgegriffen wurden.

- Im zweiten Schritt wurde ein anderes, möglichst differierendes Material als Anregung hinzugezogen, um eine Distanzierung vom Material und weitere Denkanstöße zu erhalten. Die Idee, eine zweite Materialquelle zu finden, die zwar möglichst verschieden in der Art der Thematisierung war, aber auch aus Policy-Prozessen stammte, brachte mich zu Material aus den Beständen der *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR* der Abteilung *Vorschulerziehung*. Das Material diente in der Studie als Kontrastfolie für die Schärfung des Blickes auf die Daten aus Wien. In der Arbeit mit dem kontrastierenden Material wurde sichtbar, wie normative Diskussionen über Gesellschaftsvorstellungen in der DDR geführt wurden. Mit dieser Anregung wurde dann das Wiener Material noch einmal gesichtet und auf Ausschließungen hin untersucht.

Mit diesen beiden Analyseschritten konnten im politischen Sprechen über das Kindertagesheimwesen schließlich zwei unterschiedliche Arten von Ausschließungen ausgemacht werden:

- *Erstens* wurden im zeitlichen Verlauf der Debatten Tabuisierungen, aber auch Enttabuisierungen sichtbar; genauso wie bestimmte Dinge ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr sagbar waren, so gab es auch Dinge, die zu Beginn des Untersuchungszeitraumes tabu waren, später aber thematisierbar wurden. Kindergärten als Aufbewahrung für Kinder zu bezeichnen, wurde beispielsweise im zeitlichen Verlauf der Debatten tabuisiert und spätestens ab den 2000er Jahren war es nicht mehr möglich, Aufbewahrung als Funktion von Kindergärten zu benennen. Die „Kinderbewahranstalten“⁷ dienen hierbei wiederholt als historischer Referenzpunkt, der eine Abgrenzung im politischen Sprechen ermöglicht.
- *Zweitens* wurden Verbote im Sprechen sichtbar, die sich in einer diskursiven „Geschwätzigkeit“ (Foucault 1976b, S. 138) zeigten; es wurde zwar viel und über vieles gesprochen, aber bestimmte Themen wurden davon sinnbildlich überdeckt. Diese Ausschließung wurde sichtbar, indem Textstellen analysiert wurden, die Themen enthalten, die wiederholt und von vielen Sprecher*innen aufgegriffen wurden.

Im Folgenden wird nun exemplarisch die Analyse dieser diskursiven Geschwätzigkeit rund um das Thema ‚Nikolaus-Feier‘ vorgestellt, die die Thematisierung normativer Gesellschaftsvorstellungen kontrolliert.

2.2 Diskursive Geschwätzigkeit: Der Nikolaus als pädagogische Frage

Die Erzählung, dass das Nikolausfest bedroht sei, wird in den Debatten der 2000er Jahre mehrfach aufgegriffen. Es handelt sich um eine Ausschließung, die in Form von Kommentaren⁸ sichtbar wird: Den Kern der Erzählung bildet die Annahme, das Nikolausfest würde in städtischen Kindertagesheimen nicht mehr gefeiert werden. Diese Aussage wird mehrfach in einer ähnlichen Form wiederholt. Dass

7 Der Begriff ‚Kinderbewahranstalten‘ reicht in den gesetzlichen Regelungen in Österreich bis ins 19. Jahrhundert zurück: Im Reichsgesetzblatt von 1869 wird zwischen „Kindergärten“, „Kinderbewahranstalten“ und „Krippen“ differenziert, wobei Kinderbewahranstalten die Aufgabe zufällt, „Kinder der arbeitenden Klasse zur Beaufsichtigung und zur zweckmäßigen Beschäftigung aufzunehmen“ (Kaiserthum Österreich 1869, S. 346).

8 Foucault schreibt über den Kommentar: Dieser muss „zum ersten Mal das sagen, was doch schon gesagt worden ist, und muß unablässig das wiederholen, was eigentlich niemals gesagt worden ist“ (Foucault 1974/2010, S. 19).

dieses Strukturierungsprinzip in den politischen Debatten zur Anwendung kommt, zeigt sich in der hohen Anzahl an bezugnehmenden Äußerungen und Zwischenrufen in den Debatten. Diese können als Kommentierungen und als Hinweis auf diese interne Bändigungsprozedur gedeutet werden. In den beiden nachstehenden Textpassagen aus zwei verschiedenen Gemeinderatssitzungen zeigen sich die Wiederholung des Nikolaus-Themas sowie die Bezugnahmen deutlich.

„Oder stehe ich zu diesen Kindern und sage: Nein, das lasse ich nicht zu; ich feiere zwar das Fest, indem ich die Nikolausgeschichte erzähle, indem ich Rollenspiele veranstalte, indem ich Bastelarbeiten mache – gehen Sie in die städtischen Kindergärten: Vorige Woche überall Wände voll mit Zeichnungen vom Nikolo und Bastelarbeiten –, ich feiere zwar das Fest, aber explizit (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Stadträtin hat gesagt, der Nikolaus hat mit uns nichts zu tun!*), weil ich auf die Kinder, die Angst haben, die in dem Moment Angst haben, Rücksicht nehme, hole ich keinen Nikolo von außen herein! (*GR Mag Wolfgang Jung: Wortwörtlich: Keinen Platz! Ihre Stadträtin!*)

Das ist das, was die Frau Stadträtin und auch die zuständige MA 10 gemacht haben, nämlich diese Kinder nicht einfach im Regen stehen zu lassen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Der Nikolaus hat keinen Platz, hat sie gesagt! Erklären Sie mir das!*) Sie stellen sich hier heraus und verhöhnen diese Kinder. Diese Kinder verhöhnen Sie hier draußen! (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Nein, ich verhöhne sie nicht!*)

Sie gehen überhaupt noch einen Schritt weiter: Sie ignorieren die pädagogische Frage und machen daraus eine widerliche, grausliche, unglaublich schäbige Debatte, in der Sie einer religiösen Gruppe den Schwarzen Peter zuschieben. Das ist überhaupt das Letzte, was es geben kann! (*Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)“ (Wiener Gemeinderat 2006, S. 107)

„GR Dr Wolfgang Aigner (*fortsetzend*): So wie man am Samstagabend in die Vorabendmesse gehen kann, kann man am Vorabend auch des Heiligen Nikolaus gedenken, und er ist ja ein Armutsbekämpfer. (*Beifall bei der ÖVP. – GRin Inge Zankl: Heute ist noch gar nicht der Vorabend!*)

Es geht also um das Thema Hilfe für Menschen in Not, Menschen in Angst, ein christliches Grundthema, und in der Vergangenheit ist der Nikolo oft missbraucht worden, als Erziehungsfaktor zu dienen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Eher der Krampus!*) Da muss man dazusagen: Weder der Krampus ist historisch erwiesen noch hat er was mit dem Heiligen Nikolaus zu tun. Deswegen ist es schon an sich erschütternd, dass man das zum Politikum macht (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*), dass man in den Wiener Kindergärten Besuche des Heiligen Nikolaus nicht haben möchte, weil man unterstellt, dass der Heilige Nikolaus ein Überbringer schlechter Botschaften ist, ein Angstmacher. Ganz im Gegenteil! Der Heilige Nikolaus ist ein Vorbild, ein Vorbild an Großzügigkeit, an Großherzigkeit und kein Angstmacher, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sollten eigentlich dafür Sorge tragen, dass man dieses Brauchtum eben nicht nur als Brauchtum weiter pflegt, sondern dass man auch auf den tieferen Sinn dahinter kommt. Und gerade in der Vorweihnachtszeit ist das etwas ganz Wesentliches. Es ist eigentlich wirklich traurig, dass man die Frage, ob es Nikoläuse in Kindergärten gibt, überhaupt zum Thema einer Entscheidung auf Topebene macht.“ (Wiener Gemeinderat 2008, S. 12)

Was nicht sagbar ist bzw. ausgeschlossen wird, ist die Thematisierung einer bestimmten Gesellschaftsvorstellung, die hinter der Frage nach der Nikolausfeier steht. Je nach Erzählung wird die Nikolausfeier als religiöses, kulturelles, pädagogisches oder als Integrationsthema bezeichnet, die favorisierte Auflö-

sung der Frage läuft in den Debatten jedoch über das ‚Pädagogische‘. Die beiden folgenden beiden Materialpassagen zeigen diese Thematisierung des Nikolaus’ als ‚pädagogisches Problem‘:

„Denn die Frage, die wir zum Thema Nikolo debattieren, ist keine politische Frage, sie ist keine religiöse Frage, sie ist vor allem keine Integrationsfrage, sondern sie ist ausschließlich eine pädagogische Frage. (*Ruf bei der ÖVP: Eine Religionsfrage!*) Ausschließlich eine pädagogische Frage! (*Widerspruch bei der ÖVP. – GR Mag Harald STEFAN: Die Erde ist eine Scheibe! – GR Mag Wolfgang Jung: Keine Frage, die Sie in der SPÖ diskutieren dürfen!*)“ (Wiener Gemeinderat 2006, S. 107)

„Ich darf einen Resolutionsantrag von uns einbringen. Wir sind sehr dafür, dass weiterhin pädagogisch umgegangen wird mit traditionellen Festen, wie auch immer die sind, unter anderem der Nikolo. (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Wie lautet der Antrag? Wir kennen ihn nicht! Wir haben ihn nicht! – Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und GRÜNEN.*)“ (Wiener Gemeinderat 2008, S. 13)

Die Ausschließung einer normativen Diskussion über Gesellschaftsvorstellungen wird in den Debatten über das Argument des Pädagogischen vorgenommen, wie es die folgende Textpassage zeigt:

„Sie ignorieren die pädagogische Frage und machen daraus eine widerliche, grausliche, unglaublich schäbige Debatte, in der Sie einer religiösen Gruppe den Schwarzen Peter zuschieben. Das ist überhaupt das Letzte, was es geben kann!“ (Wiener Gemeinderat 2006, S. 107)

Hier wird deutlich, dass ein Gegensatz – das Pädagogische auf der einen, das Religiöse auf der anderen Seite – konstruiert und dabei das Pädagogische favorisiert wird. Dies kann als Indiz dafür gedeutet werden, dass ein Sprechen über das Religiöse reguliert und zugunsten des Pädagogischen ausgeschlossen wird.

In der diskursiven Geschwätzigkeit über die Nikolausfeier wird über das Pädagogische des Nikolos gesprochen, nicht aber über das Religiöse in Kindertagesheimen. Die Ausschließung des Religiösen wird auch in der bereits oben abgebildeten Debattenpassage sichtbar. Dem Einwurf, es sei „Eine Religionsfrage!“ (Wiener Gemeinderat 2006, S. 107) wird sofort entgegengehalten, es sei „ausschließlich eine pädagogische Frage!“ (ebd., S. 107). Solche Debattenverläufe zeigen sich auch noch an anderen Materialstellen und können daher als Hinweis auf eine Tabuisierung des Gegenstandes ‚Religion‘ gewertet werden. Tabuisiert wird hier im Speziellen die Frage nach dem Stellenwert von Religion im Bildungssystem. Das Pädagogische versus das Religiöse ist insofern interessant, als das Pädagogische in den Debatten ansonsten kaum Raum einnimmt – dies verstärkt die These, dass es sich um eine Ausschließungsprozedur handelt, die eine Thematisierung der Frage nach dem Stellenwert religiöser Feiern bzw. nach dem Platz von Religion in aus öffentlicher Hand finanzierten Institutionen unmöglich macht.

Des Weiteren ist in den Debatten nicht nur eine Nutzung des ‚Pädagogischen‘ zu beobachten, wenn normative Diskussionen umgangen werden sollen, sondern es ist zusätzlich auch eine Verschiebung normativer Entscheidungen auf die Ebene einzelner Kindertagesheime zu beobachten.⁹ In der folgenden Textpassage wird diese Verschiebung sehr konkret benannt:

„Dass die Frage, ob ein externer, interner oder was weiß ich, was für ein Nikolo in den Kindergarten kommt, gar kein Politikum sein sollte. Das soll vor Ort in den Kindertagesheimen diskutiert und entschieden werden.“ (Wiener Gemeinderat 2006, S. 106)

9 Diese Form der Verantwortungsübergabe an die Subjekte fügt sich nahtlos in die Logik wissenschaftlich vielfach kritisierte neoliberaler Tendenzen ein (prominent etwa Sennett 2005; Bröckling 2007).

Ob und wie religiöse Feiern begangen werden, wird in den Debatten als Entscheidung gesehen, die jedes Kindertagesheim zu treffen hat, da es sich ja – so die Logik der Debatten – um eine pädagogische Entscheidung handle und nicht etwa um eine normative Wertfrage. Diese Verschiebung lässt den Schluss zu, dass es im Untersuchungszeitraum auf der politischen Ebene nicht möglich ist, bestimmte Themen zu verhandeln und sie deshalb an die einzelnen Institutionen abgegeben werden. Die wiederholten Vorstöße, die Nikolo-Frage zu bearbeiten, werden am Ende des untersuchten Zeitraumes sogar als „politische Intrige“ (Wiener Gemeinderat 2009, S. 11) bezeichnet, anstatt diese als politische Frage zu begreifen.

2.3 Werkzeug: Analyse der Subjektpositionen

Ein weiteres Werkzeug der Studie ist die *Analyse der Subjektpositionen*. Indem gefragt wird, wie die Subjekte in den Debatten adressiert werden, greift das Instrument die Produktivität von Diskursen auf. Subjektpositionen werden dabei nicht als stabile Entitäten begriffen, sondern es werden ihr Auftauchen, ihre Merkmale und ihren Veränderungen in den Blick genommen. Dieser Analyseschritt wurde in der Studie anhand von Louis Althusser (1977, S. 108 ff.) Ausführungen vorgenommen. Wie Althusser im viel zitierten Beispiel des Polizisten¹⁰ zeigt, werden Individuen erst durch Anrufungen zu Subjekten: „[D]urch einen ganz bestimmten Vorgang, den wir *Anrufung* (interpellation) nennen, [werden] aus der Masse der Individuen Subjekte ‚rekrutiert‘ (sie rekrutiert sie alle) oder diese Individuen in Subjekte ‚transformiert‘ (sie transformiert sie alle)“ (ebd., S. 142). Die Subjekte sind allerdings nicht passiv, sondern an der Herstellung der Diskurse beteiligt.¹¹ Das Werkzeug macht es sich zu Nutze, dass Diskurse durchaus widersprüchliche Anrufungen und damit auch unterschiedlichste Subjektpositionen bereithalten.

Der Einsatz von Althusser's Konzept, das zwar eine sehr breite Rezeption gefunden hat, in seiner Ausformulierung jedoch sehr fragmentarisch verbleibt, ist für diese Studie aus zwei Gründen sinnvoll. Erstens durch die Bedeutung und Rolle von pädagogischen und politischen Institutionen: Althusser räumt pädagogischen Institutionen (wie Schulen, Kindergärten etc.), aber auch politischen Institutionen (wie etwa dem Landtag) als „ideologische Staatsapparate“ eine zentrale Bedeutung ein (vgl. ebd., S. 112). Diese bietet für die erziehungswissenschaftliche Analyse von politischen Dokumenten einen interessanten Ausgangspunkt. Zweitens durch den Fokus auf Subjektpositionen pädagogisch Involvierter: Althusser's Herangehensweise bietet den Vorteil, dass sich die Analyse von konkreten sprechenden Individuen lösen kann. Damit kann in der *Analyse der Subjektpositionen* in den Debatten des Landtages und Gemeinderates von der Logik parteipolitischer Zugehörigkeiten der Sprechenden Abstand genommen werden. Die Subjektpositionen der im pädagogischen Geschehen Involvierten (Eltern, Kinder, Pädagog*innen) können dadurch stärker in den Vordergrund gerückt und die erziehungswissenschaftliche Ausrichtung des Instrumentariums dadurch geschärft werden.

Mit dem Werkzeug der *Analyse der Subjektpositionen* wurde das Material in Hinblick auf Subjektpositionen der hauptsächlich im pädagogischen Geschehen Involvierten untersucht. Dabei wurden ein vierschrittiges Verfahren entwickelt:

-
- 10 Althusser (1977, S. 142f.) nennt als Beispiel für eine Anrufung den Ausspruch des Polizisten, der „He, Sie da“ ruft und das angerufene Individuum durch die Reaktion auf die Anrufung zu einem Subjekt wird, indem es durch die Reaktion die Anrufung anerkennt.
- 11 Martin Nonhoff und Jennifer Gronau (2012) beschreiben diesen Prozess folgendermaßen: „mit ihren Artikulationen erscheinen Subjekte aber nicht nur im Diskurs, sondern sie spinnen wiederum den Diskurs und dabei auch die Relationsnetze von Subjektpositionen fort“ (ebd., S. 123).

- Im ersten Analysedurchgang wurden die Subjektpositionen der Eltern, Kinder und Pädagog*innen untersucht, indem für jede Gruppe die unterschiedlichen Anrufungen gesammelt wurden. In diesem Analysedurchgang wurde etwa sichtbar, dass für Pädagog*innen nur sehr wenige Subjektpositionen produziert werden, aber durchgängig die *fehlenden* Pädagog*innen adressiert werden. Subjektpositionen für Eltern und Kinder finden sich viel öfter und sehr unterschiedlich im Material.
- Im zweiten Analysedurchgang wurden für die dominanten Subjektpositionen jeweils das Auftauchen, die Merkmale und die Veränderungen analysiert. Für die Subjektpositionen der Kinder konnte so herausgearbeitet werden, dass die Anrufungen im Untersuchungszeitraum zunehmen. Kinder wurden auch in den 1960er und 1970er Jahren adressiert, ab den späten 1980er Jahren werden diese aber weitaus häufiger angerufen. Zudem zeigt sich eine Veränderung, denn die dominanten Anrufungen wandeln sich: Während in den ersten Jahrzehnten des Untersuchungszeitraumes die Subjektposition des *bedrohten Kindes* vorherrscht, ist es später die Adressierung von Kindern als *sich aktiv bildend*.
- Im dritten Analysedurchgang wurde untersucht, ob und welche „Storylines“ (Hajer 2008) auffindbar sind. Als Storyline konnte etwa das Sprechen über die Bildungspartner*innen identifiziert werden. An diesen Begriff wird bei unterschiedlichsten Themen und von verschiedenen Sprecher*innen angeschlossen und er funktioniert in einer großen Bedeutungsoffenheit. Diese Storyline vereint zudem Subjektpositionen von Kindern (das *sich aktiv bildende Kind*), Eltern (die *aktiven Bildungspartner*innen*) sowie von Pädagog*innen (die *verdächtigen Pädagog*innen*).
- Im vierten Durchgang der Materialanalyse wurden schließlich die gewonnen Erkenntnisse erneut an das Material herangetragen und die Subjektpositionen differenziert. So wurde in den ersten Analyseschritten deutlich, dass Mütter anders adressiert werden als Väter und daraufhin wurden im vierten Analysedurchgang die Subjektpositionen für Eltern erneut ausgewertet und erweitert. Ein spezielles Augenmerk wurde dabei auf die Subjektpositionen für Mütter gelegt und so trat die Anrufung *berufstätiger Mütter* zu Tage.

Im Folgenden wird nun exemplarisch für die *Analyse der Subjektpositionen* die Anrufung der *berufstätigen Mütter* vorgestellt.

2.4 Die Anrufung berufstätiger Mütter

Die Anrufung der *berufstätigen Mütter* zeigt sich im gesamten Untersuchungszeitraum und bleibt dabei auch relativ stabil. Die Stabilität entsteht, weil die unfreiwillige Erwerbstätigkeit von Müttern in den politischen Debatten lange Zeit als Hauptgrund für die Existenz von Kindertagesheimen gesehen wird. Die Berufstätigkeit der Mütter resultiert im politischen Sprechen aus zwei Gründen: Der erste legitime Grund ist die Feststellung eines Mangels an Arbeitskräften, der nur noch durch *berufstätige Mütter* behoben werden kann; so wird die *berufstätige Mutter* als „einzige Arbeitskraftreserve“ (Wiener Gemeinderat 1961, S. 60) angerufen. Als zweiter legitimer Grund wird eine finanzielle Situation der Familien gesehen, die beide Elternteile zur Erwerbstätigkeit zwingt (vgl. u. a. Wiener Gemeinderat 1973, S. 14).

„Zurzeit – darüber machen wir uns keine Illusionen – nehmen die Vollbeschäftigung und die Hochkonjunktur auch die Arbeitskraft der Frau in Anspruch, denn die einzige Arbeitskraftreserve, die noch vorhanden ist, ist die Frau. Wir wissen auch zur Genüge, daß die Wirtschaft auf die Arbeitskraft der Frau nicht verzichten kann. Im Zusammenhang damit wächst die Notwendigkeit, solche Einrichtungen zu schaffen.“ (Wiener Gemeinderat 1961, S. 60)

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß unsere Gesellschaftsordnung, daß die moderne Gesellschaft die Arbeitskraft der Frau und auch der Mutter braucht, wobei ich festhalten möchte, daß der Prozentsatz der Mütter, die nur arbeiten gehen, um den Zweitwagen zu finanzieren oder den Farbfernseher zu bezahlen, äußerst gering ist. Der Großteil unserer arbeitenden Mütter arbeitet tatsächlich, um das Nötigste zu erreichen und der Familie bieten zu können.“ (Wiener Gemeinderat 1973, S. 14)

In beiden Varianten ist die Erwerbstätigkeit zwingend notwendig (entweder für die Wirtschaft oder für die materielle Absicherung der Familie) und die *berufstätigen Mütter* werden damit zugleich als ‚verantwortlich‘ für Wirtschaft oder Familie adressiert. Diese Form der Adressierung ist während des gesamten Untersuchungszeitraumes zu beobachten.

In anderen Ausformungen der Subjektposition zeigen sich im Untersuchungszeitraum durchaus verschiedene Varianten: So werden *berufstätige Mütter* in den 1960er und 1970er Jahren als ‚bedrohlich‘ markiert, wie die folgende Materialpassage zeigt:

„Diese Bedrohung der Familie resultiert vor allem aus der Berufstätigkeit der Mütter, die leider zu einer fast unumstößlichen Tatsache geworden ist.“ (Wiener Gemeinderat 1961, S. 56 f.)

Die *berufstätigen Mütter* werden in ihrer Verantwortung als Arbeitskraft gegenüber dem Staat und zugleich als ‚bedrohlich‘ für die Familie angerufen. Die ‚Bedrohlichkeit‘ in dieser Form verschwindet in den 1980er Jahren aus den Debatten. Was bleibt ist die Verantwortlichkeit der *berufstätigen Mütter* gegenüber der Familie. Im folgenden Materialausschnitt aus 2007 findet sich diese Ordnung wieder, indem Kinderbetreuung als Möglichkeit präsentiert wird, Verantwortung für Familie und Berufstätigkeit zu vereinen:

„[W]eil es eben darum geht, Voraussetzungen zu schaffen, dass tatsächlich Frauen – natürlich auch Männer, aber vermehrt Frauen – in die Lage versetzt werden, einer Arbeit nachzugehen, denn ohne Kinderbetreuung ist das nicht möglich.“ (Wiener Gemeinderat 2007, S. 34)

Interessant dabei ist, dass eine ähnliche Adressierung von Vätern sich nicht in den Debatten findet.¹²

‚Mutterschaft‘ wird in den Debatten ganz selbstverständlich als das Zusammenfallen biologischer und sozialer Mutterschaft gedeutet. Diese sollte einerseits so ausgestaltet werden, dass die Mutter möglichst viel Zeit mit dem Kind verbringt.¹³ Die Mütter werden aber andererseits angerufen, die Familie durch Berufstätigkeit finanziell zu unterstützen. Diese Anrufungen sind beide präsent, in den Subjektpositionen allerdings grundsätzlich nicht miteinander kompatibel. Das zeigt sich in den Debatten in der Markierung von Müttern als *zerrissen zwischen Kind und Beruf* (vgl. u. a. Wiener Gemeinderat 1973, S. 19). In den Debatten der 1990er Jahre werden Bemühungen sichtbar, *berufstätige Mütter* als ‚gute‘ Mütter zu positionieren, die Adressierung als ‚zerrissen‘ wird jedoch trotzdem fortgeführt. Im folgenden Materialbeispiel wird dies in der Erklärung sichtbar, dass die gemeinsame Zeit mit dem Kind „intensiv“ sei:

12 Dies überrascht wenig, da auf die ungleiche Adressierung von Frauen und Männer in Bezug auf Familie aus feministischer Perspektive schon vielfach hingewiesen wurde (für die erziehungswissenschaftlichen Debatten zu Ökonomie und Geschlechterungleichheit siehe u. a. Casale/Forster 2011).

13 Die Bedeutung von Mutterschaft in den Diskussionen um frühkindliche Institutionen wird in den Erziehungswissenschaften kritisch kommentiert. Rüling (2010) spricht sogar von einer „Mutterideologie“ (ebd., S. 159 ff.), welche die Diskussionen in Deutschland prägt.

„Auch wenn die Mütter berufstätig sind und von der Stundenanzahl her vielleicht weniger Zeit haben, sich um die Kinder zu kümmern, so befassen sie sich trotzdem intensiv mit den Kindern.“
(Wiener Gemeinderat 1992, S. 19)

Obwohl hier für die Kompatibilität von Mutterschaft und Berufstätigkeit argumentiert wird, bedarf Beruf und Mutterschaft auch in den Debatten der 1990er Jahren noch einer Rechtfertigung.

Das *schlechte Gewissen* ist eine weitere Anrufung, die Teil der Subjektposition der *berufstätigen Mütter* ist. Auch in dieser Anrufung ist die gleiche Argumentationsstruktur erkennbar, wie in der Anrufung als ‚zerrissen‘: Es wird aufgezeigt, wie schwierig es für *berufstätige Mütter* ist, Kind und Beruf zu vereinbaren und zugleich werden *berufstätige Mütter* angerufen, Schuldgefühle zu haben. Die nachstehende Materialstelle ist exemplarisch für diese Struktur:

„Und Sie wissen, daß das dann mit dem schlechten Gewissen einer berufstätigen Frau sehr viel zu tun hat, die das Kind den ganzen Tag im Kindergarten hat, und daß dadurch Stress erzeugt wird und Druck erzeugt wird.“ (Wiener Gemeinderat 1998, S. 36)

Hier wird gesetzt, dass berufstätige Mütter einen Gewissenskonflikt haben, auch wenn dies womöglich nicht der Intention der Sprechenden entspricht.

Die Adressierungen als *bedrohlich*, *zerrissen* und *mit schlechtem Gewissen* werfen die Frage auf, welches Verhältnis *berufstätigen Müttern* und Kindertagesheimen zugeschrieben wird. Zu Beginn des Untersuchungsraumes taucht die Dankbarkeit für die Institutionen als einzige Möglichkeit auf. Sehr explizit zeigt sich dies in folgenden Materialpassage:

„[S]o müssen wir auch [...] seitens der Mütter erwarten, daß diese Hilfeleistung eine entsprechende Anerkennung findet.“ (Wiener Gemeinderat 1961, S. 61)

In den 1990er Jahren wandelt sich diese Anrufung zu einem ‚Recht auf das Kindertagesheimwesen‘ („Jede Frau hat das Anrecht auf einen Kinderbetreuungsplatz“, Wiener Gemeinderat 1992, S. 7). Damit ändert sich die Art der Thematisierung und Mütter werden nicht mehr explizit aufgefordert, dankbar zu sein. Bestehen bleibt dabei allerdings, dass hauptsächlich Mütter und nicht Väter, Eltern oder Familien adressiert werden. Mit dieser eindeutigen geschlechtlichen Markierung der Adressierungen in der Subjektposition wird deutlich, dass Kindertagesheime auch am Ende des Untersuchungszeitraumes noch auf berufstätige Mütter ausgerichtet sind.

3. Fazit: Diskursanalyse als erziehungswissenschaftlich-forschender Möglichkeitsraum

In der Zusammenschau der Ergebnisse wurde deutlich, dass durch die Analyse der Diskursfragmente größere Mechanismen zu Tage treten, die mit Foucault (1977a) als „Biopolitik“ bzw. als „Regulierung der Bevölkerung“ (ebd., S. 166) bezeichnet werden können. So stellt das Sprechen über das Kindertagesheimwesen Aufmerksamkeit her und verteilt diese. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes stehen hauptsächlich *berufstätige Mütter* im Fokus des Kindertagesheimwesens – auf diese ist die Aufmerksamkeit der Institution gerichtet, indem sie als *Bedrohung* für die Familie adressiert werden. Am Ende des Untersuchungszeitraumes ist die Aufmerksamkeit auf die Kinder gerichtet, deren Aktivität und Entwicklung es zu fördern gilt. Ein Bruch lässt sich in den Debatten in den 1970er Jahren verorten. Diese Zeit ist in Österreich einerseits geprägt durch wirtschaftliche Krisen („Ölkrise“), aber auch durch große Familienrechtsreformen, die u. a. entscheidende Veränderungen des Scheidungsrechts, des ehelichen Güterrechts und der Rechtsstellung nichtehelicher Kinder beinhalten (vgl. Bauer 1995). Diesen Reformen wird vor allem geschlechterdemokratisch große Bedeutung zugeschrieben und so liegt der Schluss nahe, dass diese Veränderungen zum zwischenzeitlichen Verstummen der Debatten beitragen; denn wenn sich die rechtliche Situation für Frauen und Familien verändert, so hat dies auch Auswirkungen auf das Sprechen über das Kindertagesheimwesen.

Ein weiterer Aspekt der Regulierung der Bevölkerung wird in Bezug auf den Nikolaus als ‚pädagogische‘ Frage sichtbar. In der Ausschließung normativer Diskussionen auf politischer Ebene und einer Verschiebung hin zu den einzelnen Kindertagesheimen zeigt sich in den Debatten nämlich eine Verlagerung von Verantwortung. Nikolaus Rose (2007) beschreibt diese Tendenz im Zuge seiner Analyse der „politics of life“ als „increasing emphasis on the responsibility of individuals to manage their own affairs“ (ebd., S. 4). Diese Tendenz kann damit als Teil der Regulierung der Bevölkerung interpretiert werden, die die Individuen zu autonom entscheidenden Individuen werden lässt.

In der Rückschau auf den Forschungsprozess in Hinblick auf das diskursanalytische Vorgehen drängen sich mir zwei Begriffe auf: Möglichkeit und Mut. Sich an einer Diskursanalyse in Anlehnung an Foucault zu versuchen, hat mir einen Möglichkeitsraum für Forschung eröffnet, der groß und vielfarbig war. Der theoretische und methodologische Überbau bietet eine große Fülle an Möglichkeiten, sich zu vertiefen sowie Interessantes nachzuverfolgen und ist geprägt von Offenheit in der methodischen Umsetzung. Dadurch entsteht die Möglichkeit, ein Instrumentarium am Gegenstand zu entwerfen. Mir hat der diskursanalytische Zugang zudem die Möglichkeit eröffnet, Material zu analysieren, das nicht aus einem pädagogischen Kontext stammt, mich aber von Anfang an fasziniert hat.

Allerdings braucht es für ein diskursanalytisches Vorgehen zugleich Mut. Den Mut, viel Zeit in Methodologie, Theorie und Entwicklungsarbeit zu investieren und Mut zu methodischen Experimenten. Auch der geduldige Umgang mit Unsicherheit im Forschungsprozess war für mich immer wieder Thema, da es lange Phase gab, in denen ich um die Begründung meines Vorgehens gerungen habe. Beides, Möglichkeitsraum und Mut, haben mich sehr geprägt und haben mir eine Haltung ermöglicht, die mich als Forscherin wohl nicht mehr verlassen wird.

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie.* Hamburg, Westberlin: VSA.
- Baader, Meike Sophia (2014): *Die reflexive Kindheit.* In: Baader, Meike Sophia/Eßer, Florian/Schröer, Wolfgang (Hrsg.): *Kindheiten in der Moderne. Eine Geschichte der Sorge.* Frankfurt und New York: Campus, S. 414–455.
- Bauer, Ingrid (1995): *Frauen, Männer, Beziehungen.* In: Burger, Johann/Morawek, Elisabeth (Hrsg.): *1945–1995. Entwicklungslinien der Zweiten Republik. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft,* S. 102–118. www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/bauer_geschlechter.pdf (Abfrage: 06.04.2021).
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bublitz, Hannelore (1999): *Diskursanalyse als Gesellschafts-»Theorie«.* In: Bublitz, Hannelore/Bühmann, Andrea D./Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hrsg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults.* Frankfurt a. M.: Campus, S. 22–48.
- Bundeskanzleramt (o. J): *Beitragsfreier Pflichtkindergarten.* www.bmfj.gv.at/familie/kinderbetreuung/gratiskindergarten-verpflichtender-besuch.html (Abfrage: 06.04.2021).
- Casale, Rita/Forster, Edgar (Hrsg.) (2011): *Ungleiche Geschlechtergleichheit: Geschlechterpolitik und Theorien des Humankapitals. Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft, 7. Opladen: Verlag Barbara Budrich.*
- Bronwyn, Davis/Harré, Rom (1990): *Positioning. The Discursive Production of Selves.* www.massey.ac.nz/~alock/position/position.htm (Abfrage: 06.04.2021).
- Fegter, Susann/Kessl, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (Hrsg.) (2015): *Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Interdisziplinäre Diskursforschung.* Wiesbaden: Springer VS.
- Fegter, Susann/Kessl, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (2015): *Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Theorien, Methodologien, Gegenstandskonstruktionen.* In: Dies. (Hrsg.): *Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Interdisziplinäre Diskursforschung.* Wiesbaden: Springer VS, S. 9–55.
- Foucault, Michel (1973/1981): *Archäologie des Wissens.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1974/2010): *Die Ordnung des Diskurses.* Frankfurt a. M.: Fischer.
- Foucault, Michel (1976a): *Mikrophysik der Macht. Michel Foucault über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin.* Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1976b): *Das Abendland und die Wahrheit des Sexes.* In: Foucault, Michel: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III: 1976–1979.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 135–140.
- Foucault, Michel (1977a): *Der Wille zum Wissen. Band 1: Sexualität und Wahrheit.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977b): *Macht und Wissen.* In: Foucault, Michel: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III: 1976–1979.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 515–534.
- Foucault, Michel (1980/1996): *Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?* Berlin: Merve.

- Großkopf, Steffen (2012): Diskursanalyse – ein Forschungsbericht über Etablierungsprobleme einer Analysestrategie. In: ZQF 13, H. 1–2, S. 209–233 (auch online unter www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/38688/ssoar-zqf-2012-1/2-grozkopf-Diskursanalyse__ein_Forschungsbericht_uber.pdf?sequence=1, Abfrage: 05.05.2020).
- Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janing, Frank/Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS, S. 211–222.
- Hajer, Maarten A. (2004): Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Keller, Reiner/Hiersland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS, S. 271–298.
- Hajer, Maarten A. (1995): The politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford: Clarendon Press.
- Janos, Sabrina (2010): Der Wiener Kindergarten der zweiten Republik und dessen Positionierung im österreichischen Bildungssystem. Eine Analyse des politischen Diskurses. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- Kaiserthum Österreich (1869): Reichsgesetzblatt für das Kaiserthum Österreich. XXIX Stück vom 20. Mai 1869. alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=1869 (Abfrage: 06.04.2021).
- Kendall, Gavin/Wickham, Gary (1999): Using Foucault's Methods. London, Thousand Oaks, New Delhi: SAGE Publications.
- Keller, Rainer (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Springer VS.
- Lex-Nalis, Heidemarie (2018): Das österreichische Kindergartenwesen. Blick in die Geschichte und die aktuellen Diskussionen. In: Falkinger, Barbara/Kuschej, Hermann/Miklin, Grete/Sertl, Michael (Hrsg.): Zur Reform des Kindergartens. Elementarpädagogische Wende oder humankapitalistische Inwertsetzung? schulheft 169, S. 19–31.
- Münch, Sybille (2016): Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Nonhoff, Martin/Gronau, Jennifer (2012): Die Freiheit des Subjekts im Diskurs. Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit. In: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 109–130.
- Raffnsøe, Sverre/Gudmand-Høyer, Marius/Thaning, Morten S. (2011): Foucault. Studienhandbuch. München: Wilhelm Fink.
- Republik Österreich (1985): Schulpflichtgesetz www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009576 (Abfrage: 06.04.2021).
- Rose, Nikolas (2007): The Politics of Life Itself. Biomedicine, Power, and Subjectivity in the Twenty-First Century. Princeton: Princeton University Press.
- Rothe, Daniela (2011): Lebenslanges Lernen als Programm. Eine diskursive Formation in der Erwachsenenbildung. Frankfurt a. M.: Campus.
- Rüling, Anneli (2010): Re-Framing of Childcare in Germany and England: From a Private Responsibility to an Economic Necessity. In: German Policy Studies 6, I. 2, pp. 153–186.
- Sarasin, Phillip (2006): Michel Foucault zur Einführung. Zweite Auflage. Hamburg: Junius.
- Sennett, Richard (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.
- Seyss-Inquart, Julia (2016): Bildung versprechen. Zur Ordnung institutioneller Kindheit in politischen Debatten. Wien: Löcker.

- Seyss-Inquart, Julia/Schmidtke, Adrian (2016): Vorschulische Erziehungseinrichtungen. In: Hoffmann-Ocon, Andreas/Matthes, Eva/Schlüter, Steffen (Hrsg.): Historische Pädagogik / Historische Bildungsforschung. Enzyklopädie Erziehungswissenschaften online. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 1–24.
- Truschkat, Inga/Bormann, Inka (Hrsg.) (2020): Einführung in die erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Forschungshaltung, zentrale Konzepte, Beispiele für die Durchführung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Veyne, Paul (2010): Foucault. Der Philosoph als Samurai. Stuttgart: Reclam.
- Wrana, Daniel/Ott, Marion/Jergus, Kerstin/Langer, Antje/Koch, Sandra (2014): Diskursanalyse in der Erziehungswissenschaft. In: Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Macgilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hrsg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript, S. 224–238.

Materialverzeichnis

- Wörtliches Protokoll der 17. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 22.09.1961.
- Wörtliches Protokoll der 45. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 30.03.1973.
- Wörtliches Protokoll der 11. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 23.06.1992.
- Wörtliches Protokoll der 30. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 25.11.1998.
- Wörtliches Protokoll der 16. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 15.12.2006.
- Wörtliches Protokoll der 22. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 25.06.2007.
- Wörtliches Protokoll der 41. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 02.12.2008.
- Wörtliches Protokoll der 49. Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 24.06.2009.